



*IRS Institut für
Regionalentwicklung
und Strukturplanung*

In dieser Ausgabe

- Landesentwicklung im Umfeld der Metropole
- Förderungslogiken: Vom Kopf auf die Füße
- Humanressourcen: Wissen und Bildung
- Auf dem Prüfstand: Harte Infrastrukturen
- Siedlung und Verkehr im suburbanen Raum
- Städtebauliche Entwicklungskonzepte
- Lokale Akteure in Regenerierungsprozessen
- Projekte sozioökonomischer Regenerierung
- Kommentar: Einvernehmliche Freiheitsberaubung
- Kurz notiert
- Aus den raumwissenschaftlichen Partnereinrichtungen
- Veröffentlichungen
- Nachlese



Förderpolitiken ...

und Regenerierungsstrategien

Irgendwie haben es alle nicht so richtig wahrhaben wollen. Es zeigt sich aber immer deutlicher: Globalisierungsprozesse sorgen in ihrer spezifischen Verknüpfung mit lokalen Eigenheiten hier zu Lande für wachsende regionale Disparitäten. Die Muster, nach denen sich diese Disparitäten entwickeln, wechseln kurzfristiger als noch vor 20 bis 30 Jahren. Insbesondere die Randregionen werden in eine beschleunigte Peripherisierungsdynamik hinein gezogen. In Ostdeutschland hat diese Dynamik mit den jüngsten Schrumpfungsprozessen einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Für die Formulierung adäquater Förderpolitiken ist dabei nicht die "Randlage" peripherer Regionen das eigentliche Problem, sondern der mosaikartige, teilweise kleinräumliche Wechsel von Globalisierung "angeschlossenen" und von ihr "ausgeschlossenen" Räumen.

Nicht nur die Dynamik, sondern auch die Beschaffenheit lokaler und regionaler Entwicklungskrisen hat sich somit verändert. Wir haben es in Ostdeutschland mit einem Typus von Strukturkrise zu tun, dem mit den traditionellen Förderpolitiken nicht mehr

beizukommen ist. Diese sind dazu oft viel zu unflexibel; sie können auf kurzfristig eintretende strukturelle Umbrüche und Destabilisierungsprozesse in Städten und Regionen keine adäquaten Antworten liefern. Außerdem ist die traditionelle Politik der Flächenförderung "mit der Gießkanne" angesichts schwindender finanzieller Ressourcen des Nationalstaats und der Länder immer weniger realisierbar – diese Einschätzung hat auch dann Bestand, wenn berücksichtigt wird, dass die Behauptung der Handlungsunfähigkeit der Politik zumindest in Teilen das Ergebnis wohlfeiler Einspartaktiken und einer unhinterfragten Ökonomisierung sämtlicher politischer Handlungsbereiche ist.

In Ostdeutschland wird das Dilemma der Förderpolitik besonders deutlich sichtbar, weil hier nicht nur die "regulären" Folgen der Globalisierung im Hinblick auf Disparitätenbildungen und regionale Peripherisierungsprozesse aufgrund notorisch schwacher Regionalökonomien besonders stark ausgeprägt sind. Vielmehr haben zugleich die Folgen der gesellschaftlichen Transformation der neunziger Jahre sowie wenig passfähige Reakti-

Editorial

Liebe Leserin,
lieber Leser,

das Umschwenken in der räumlichen Förderpolitik ist nicht zu übersehen. Vielerorts, wie im Land Brandenburg, ist die Unsicherheit groß. Es vergeht kaum noch eine Woche, in der diese brisanten "Verteilungsfragen" nicht in den regionalen und überregionalen Medien behandelt werden. Für die Bewohner und Entscheidungsträger in denjenigen Teilregionen, die besonders betroffen sind und sich gerade neu orientieren müssen, war eine offene Diskussion lange überfällig ...

Wie der wirtschaftliche, soziale und kulturelle Raum von der öffentlichen Hand zu fördern sei, beschäftigt die raumwissenschaftliche Forschung natürlich nicht erst seit gestern. Aber die Grundfragen nehmen anscheinend eine völlig neue Richtung an, weil sich die sozialräumlichen Kontexte und Förderlogiken gravierend verändert haben. In der 48. Ausgabe von *IRS aktuell* befassen sich die vier Forschungsabteilungen des Leibniz-Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung deshalb ausführlich mit dem Verhältnis von Förderpolitiken und Regenerierungsstrategien. Dazu haben wir dieser Ausgabe auch ein Positionspapier beigelegt, das den speziellen Untersuchungsraum Brandenburg fokussiert.

Über allem steht nach wie vor das "Dachthema", wie nämlich die demographische Entwicklung gegenwärtige und künftige Förderpolitik vorgibt. Es sieht ganz so aus, als müssten wir uns in Zukunft von herkömmlichen Deutungen und Schlüsselbegriffen verabschieden. Das IRS-Team möchte in diesem Sinne einmal mehr dazu beitragen, für Praxis und Wissenschaft gleichermaßen Orientierungswissen zu vermitteln und auszutauschen, damit für unsere Städte und Regionen eine nachhaltige Förderpolitik, innovative Regenerierungsstrategien – und eine offene Diskussion darüber – möglichst bald zur Regel werden.

Gerhard Mahnken

onen der politischen Steuerungsinstitutionen für eine dauerhafte Verfestigung von Strukturdefiziten gesorgt. Die mittlerweile eingetretenen strukturellen Effekte der Schrumpfung – lokale Einkommensrückgänge aufgrund von ökonomischen (fehlende Investitionstätigkeit) sowie sozialen und demographischen Faktoren (Abwanderung und Zunahme der Anteile verarmter Bevölkerung), Wohnungsleerstand, Ausweitung innerstädtischer Brachen, ökonomische und soziale Verödung der Innenstädte; partielle Auflösung der städtischen Randzonen bei gleichzeitiger partieller Stabilisierung der in Suburbanisierungsprozessen entstandenen neuen Siedlungs- und Wirtschaftsstandorte – haben die Funktionalität der Städte und "ihrer" Regionen nachhaltig verändert, ohne dass bisherige politische Interventionen, beispielsweise auf dem Weg über städtebaulich orientierte Förderprogramme (Stadtumbau Ost), nennenswerte Erfolge gezeitigt hätten. Über derartige Ansätze hinaus – die in der Regel lediglich die sichtbaren Symptome kurieren wollen – existieren derzeit kaum ernsthafte Steuerungsversuche, die den *Ursachen* der Abwanderung erwerbsfähiger Bevölkerung aus ostdeutschen Städten und Regionen entgegenwirken könnten.

Eine Umorientierung der Förderpolitik ist daher unabdingbar geworden. Dabei geht es schon längst nicht mehr um die Verteilung von andernorts erwirtschafteten Wachstumsüberschüssen in defizitäre Bereiche und Regionen hinein. Dieses Ziel der traditionellen Raumplanung und Regionalpolitik kann nur unter Wachstumsbedingungen realisiert werden – es ist kein historischer Zufall, dass es in der westdeutschen Hochkonjunkturphase der sechziger Jahre formuliert worden ist. Vielmehr geht es nun um eine Regenerierung angeschlagener Strukturen, gefährdeter städtischer und regionaler Entwicklungsbereiche und – nicht zuletzt – um die Stärkung der Handlungsfähigkeit lokaler Akteure. Mehr Handlungsfähigkeit im Sinne der Erschließung und Nutzung relevanter Ressourcen benötigen übrigens nicht nur die einschlägig als "lokaler Staat" bekannten Akteure

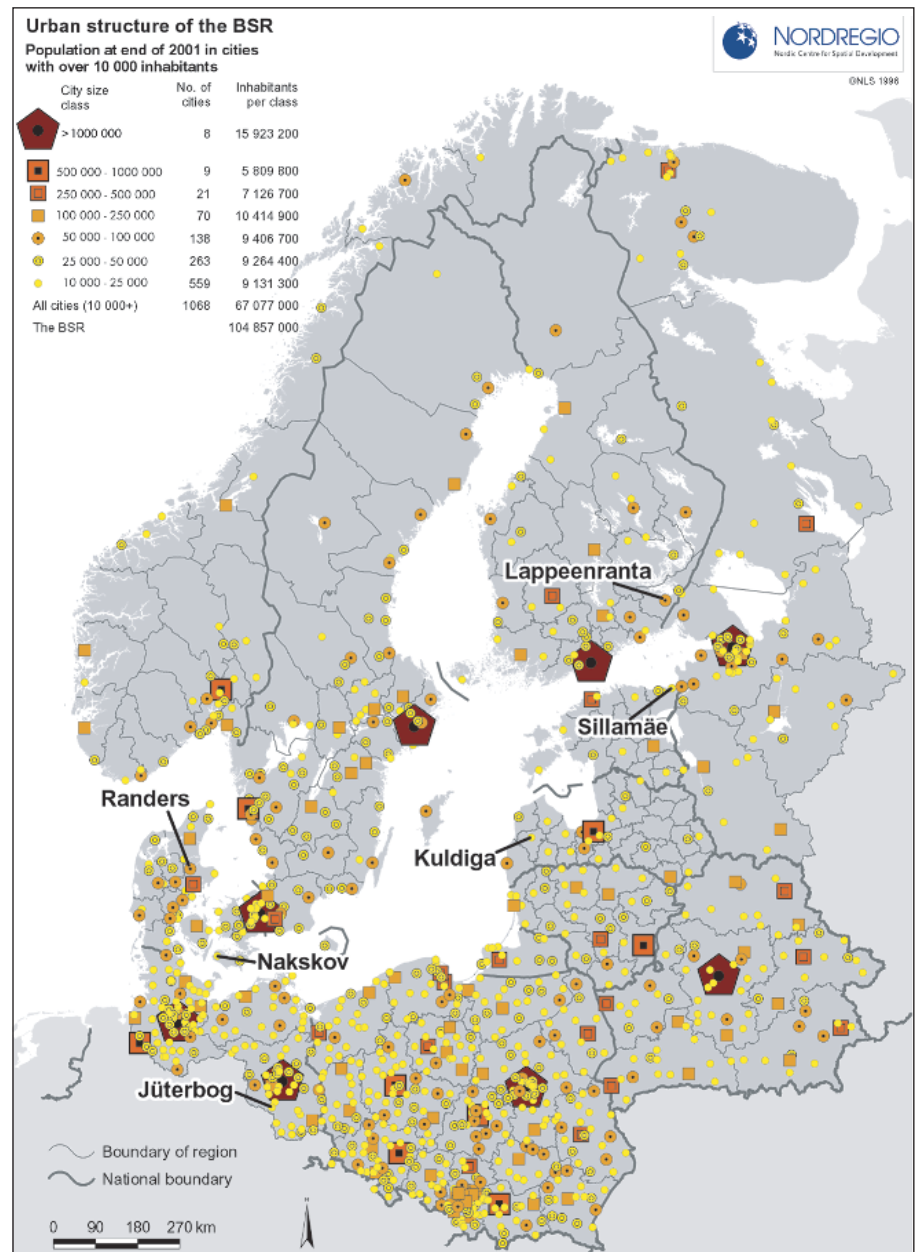
in Politik und Verwaltung, sondern auch private und korporative Akteure, die als potenzielle und faktische Triebkräfte der Stadt- und Regionalentwicklung in Ostdeutschland bislang stark unterschätzt und auch zu wenig gefordert worden sind.

Nicht "Ausgleich", sondern "nachhaltige Stärkung" von Städten und Regionen muss also nun die Devise heißen. Dies bedeutet im Einzelfall auch eine Abkehr von lieb gewordenen Verfahrensweisen und Gewissheiten. Es bedeutet gerade unter dem Eindruck knapper Ressourcen, dass Mittel nur dort eingesetzt werden, wo sie mit hoher Wahrscheinlichkeit tatsächliche Entwicklungserfolge zeitigen. Partielle politische Kurskorrekturen, wie sie sich derzeit im Land Brandenburg andeuten, dürften dabei keineswegs ausreichen. So ist die hier favorisierte Politik der isolierten Förderung von Wachstumskernen absehbar dem fortgesetzten Diktat der Sparkommissare ausgeliefert, da sie keine ausreichenden Impulse für die Steuerung disparitärer Entwicklungen (also auch und gerade der Ausbalancierung von Peripherisierungsprozessen) zu geben vermag. Werden die finanziellen Mittel knapper, gerät sie in eine reaktive Rolle; der Staat muss sich zwangsläufig aus einigen Förderbereichen herausziehen. Dies bedeutet in zunehmendem Maße, dass im Interesse der Ressourcensicherung zugleich ehemals staatliche Verantwortung an Akteure außerhalb der etablierten Politik- und Verwaltungsbereiche delegiert werden muss – für derartige Verlagerungen politischer Kompetenz und Macht existieren jedoch derzeit kaum Handlungskonzepte oder gar abgestimmte Förderstrategien.

In ostdeutschen Transformationskontexten treffen die entsprechenden Kurskorrekturen auf persistente, d.h. überkommene Verhaltensmuster und Verfahrensweisen. So konnte schon bisher mit der traditionellen Politik der Förderung "von oben" nur schwer die notwendige Eigeninitiative und Selbstverantwortung der "Basis" gestärkt werden. Im Gegenteil: Das im Postsozialismus weiterhin dominante politische Denken in Großstrukturen,

die Tendenz der Bevorzugung von Großprojekten und die Logik der Förderung als staatliche Alimentation haben flexible Problemlösungen und die Suche nach Alternativen zu staatlichen Versorgungsleistungen geradezu verhindert. Dass diese Alternativen angesichts leerer öffentlicher Kassen immer wichtiger werden, zugleich aber auch zunehmende Umsetzungsprobleme aufwerfen, ist ein offenes Geheimnis. Gleichwohl verwundert es, dass in den politischen Öffentlichkeiten noch immer recht zaghaft darüber diskutiert wird.

Förderpolitik kann somit nicht lediglich als eine administrative Steuerungsaufgabe begriffen werden, die etwa auf die Gestaltung materieller Strukturen und die Garantie von Versorgungsleistungen zu richten wäre. Sie hat unter den Bedingungen von Globalisierung und ökonomischer Flexibilisierung immer mehr mit sensiblen Steuerungsformen zu tun, die in komplexen Handlungsfeldern zwischen Regierung und Bürgergesellschaft angesiedelt sind. In manchen Bereichen – so z.B. im Rahmen des Förderprogramms "Soziale Stadt" – haben sich derartige Governance-Formen bereits etabliert, in anderen müssen sie erst noch entwickelt werden. Genau hier stellt sich eine neue Aufgabe für die Förderpolitik. Sie muss nicht nur für den technisch-administrativen Rahmen materieller Entwicklungen sorgen, sondern zugleich auch Anreize für die Entwicklung neuer Steuerungsformen, der dafür erforderlichen Netzbildungen, Kommunikationsprozesse usw. liefern. Dass diese gewandelten Anforderungen durch staatliche Förderprogramme im Einzelfall gut bedient werden können, zeigen die positiven Erfahrungen, die beispielsweise in England mit der Förderung regionaler Innovationssysteme gemacht worden sind. Die Mittel, die hier in die Förderung von Netzwerken, innovativ wirkenden Kommunikationsstrukturen und die Einbettung global agierender Unternehmen in regionale Handlungskontexte geflossen sind, haben maß-



geblich zum Erfolg übergeordneter Innovationspolitiken beigetragen.

Diese 48. Ausgabe von *IRS aktuell* ist bewusst ausführlicher angelegt und geht auf das Problem der Reform von Förderpolitiken in zweifacher Weise ein. Zum einen nimmt es Bezug auf die aktuelle Debatte im Land Brandenburg und die in ihr aufscheinenden Problemverständnisse und Förderlogiken. Insbesondere die dominanten politischen Rhetoriken der Angebotsorientierung, die in ihnen enthaltenen konservativen Deutungen jüngerer Strukturentwicklungen sowie die sektorale Isolierung und Zersplitterung der Förderprogramme werden für die raum-

wissenschaftliche Forschung zunehmend zum Ausgangspunkt für die Forderung nach Alternativen.¹ Hans Joachim Kujath sondiert die Potenziale einer wissenschaftsbasierten Regionalentwicklung im Umfeld der Metropole Berlin und der Herausforderungen, die sich für die Landespolitik im Hinblick auf eine adäquate Potenzialförderung stellen. Der Beitrag von Thomas Knorr-Siedow skizziert die Potenziale einer nachfrageorientierten Förderung, die maßgeschneiderte, flexible, lokal formulierte Lösungen favorisiert anstatt modellartige, ressortgebundene Pauschallösungen zu reproduzieren. Ulf Matthiesen stellt die Frage nach der Erschließung neuer,

¹ Am IRS ist dazu dieser Tage ein Positionspapier erarbeitet worden, das die Stärkung der Stadtregionen in Brandenburg durch eine neue, räumlich differenzierte und zugleich sektoral integrierte Förderpolitik einfordert. Es wurde dieser Ausgabe beigelegt.

wissensbasierter Ressourcen im Rahmen integrierter Stadtentwicklungspolitik, insbesondere nach den "weichen" Netzwerken, wie sie derzeit in Brandenburg von so genannten "Raumpionieren" – weitgehend unbeachtet von der Politik – entwickelt werden. Timothy Moss zeigt am Fall der Infrastrukturpolitik auf, dass vorhandene räumliche Disparitäten der Infrastrukturversorgung nach räumlich differenzierten, marktgerechten Lösungen verlangen – eine Abkehr von der rein investiven Infrastrukturpolitik eingeschlossen. Axel Stein und Ulrike Wolf befassen sich mit der Frage der Gestaltung von Siedlungen und Verkehr im suburbanen Raum. Thomas Kuder schließlich erörtert die Möglichkeiten, die sich für eine moderne strategische Planung durch die Nutzung von Kommunikations- und Aushandlungsprozessen sowie neuen Governanceformen bei der Erarbeitung Integrierter Stadtentwicklungskonzepte eröffnen.

Zum anderen adressiert dieses Heft die Entwicklungsprobleme und Regenerierungsstrategien von Klein- und Mittelstädten im Ostseeraum und die Möglichkeiten der betroffenen Kommunen, ihre Probleme aus eigener Kraft, aber auch im Rahmen der Förderpolitiken von Nationalstaaten und der Europäischen Union anzugehen. Aus den vorläufigen Ergebnissen eines Interreg IIIB-Projektes zu Entwicklungsproblemen von Klein- und Mittelstädten im Ostseeraum (MECIBS) werden wichtige Problemaspekte und Ansätze zu ihrer Bewältigung diskutiert. So wird deutlich, dass die lokalen Reaktionen auf krisenhafte ökonomische Entwicklungen außerhalb Ostdeutschlands weit mehr auf Ressourcen und Handlungsstrategien basieren, die nahe an der gesellschaftlichen Basis angesiedelt sind und auch der Kulturpolitik einen hohen Stellenwert einräumen. Die Verknüpfung mit staatlichen Förderpolitiken und -praktiken ist häufig sogar äußerst locker oder völlig abwesend – mit allen Nachteilen in Bezug auf die Verfügbarkeit finanzieller Mittel und die systematische Entwicklung langfristiger Strategien, aber auch mit erheblichen Vorteilen hinsichtlich der Institutionalisierung loka-

ler Lernprozesse, der Aktivierung brachliegender sozialer Ressourcen und des Aufbaus endogener Problemlösungskapazitäten.

Die räumliche "Verknüpfung" zwischen dem Land Brandenburg und dem Ostseeraum wird über die Stadt Jüterbog – einer der an MECIBS beteiligten Städte – hergestellt. An diesem lokalen Fall wird zweierlei deutlich: Zum einen wird die oft unterschätzte Bedeutung lokaler Initiativen zur Bewältigung städtebaulicher und ökonomischer Probleme innerhalb der ostdeutschen Transfergesellschaft ersichtlich. Ältere versorgungsstaatliche Orientierungen – frei nach dem Motto "Alles Gute kommt von oben" – werden hier von lokalen Akteuren angesichts nicht mehr zu übersehender Entwicklungsrisiken teilweise mutig über Bord geworfen und durch einen neuen, neugierigen Pragmatismus ersetzt. Zum anderen zeigt der Fall Jüterbog, dass lokale Initiativen häufig noch zu wenig als Ziele der Förderung durch Stadt, Land, Bund und auch EU entdeckt worden sind. So bleiben viele strategische Ansätze, die im Kleinen entwickelt worden sind – insbesondere im Umfeld der sozialen Ökonomie – häufig prekär und ohne nachhaltige strukturelle Wirkungen. Angesichts des generellen Ressourcenmangels in Ostdeutschland drängt sich geradezu die Frage auf, ob es sich der lokale Staat, das Land und andere fördernde Institutionen künftig noch leisten können, bereits vorhandene und rasch in Wert zu setzende endogene Ressourcen in ähnlicher Weise brach liegen zu lassen, wie dies bislang überwiegend der Fall gewesen ist.

Hans-Joachim Bürkner

Landesentwicklung im Umfeld der Metropole

Die Diskussion der Landesentwicklung von Brandenburg muss zwei Dimensionen aus grundsätzlichen Erwägungen deutlich auseinander halten, auch wenn diese häufig miteinander verwoben sind: Das Landesentwick-

lungsprogramm mit der darauf sich gründenden Wirtschaftsförderung und Wachstumspolitik sowie die Landesplanung, die in ihrem Kern auf eine angemessene Versorgung der Bevölkerung des Landes und seiner Regionen mit privaten und öffentlichen Gütern zielt. Für beide ist wichtig, dass sich im Land Brandenburg eine duale wirtschaftliche und demographische Struktur zwischen peripheren Regionsteilen mit Bevölkerungsverlusten und wirtschaftlicher Schwäche einerseits und Wachstumsgebieten mit Bevölkerungszuwachs und wirtschaftlicher Dynamik im engeren Umland von Berlin andererseits entwickelt hat. Diese Struktur tangiert sowohl die räumlich orientierte Wirtschaftspolitik als auch die Versorgungspolitik im weiten Umfeld von Berlin.

1. Wirtschaftliche Schwerpunktbildung (Landesentwicklungsprogramm)

Das Landesentwicklungsprogramm ist im Wesentlichen ein räumliches Konzept für die wirtschaftliche Strukturpolitik. Sein Leitprinzip war bisher das Konzept der so genannten Dezentralen Konzentration, d.h. der Bündelung der wirtschaftlichen Entwicklung in einem System von Stadtregionen vor allem im äußeren Entwicklungsraum des Landes – in den Randregionen. Das Konzept ging von der von Anfang an unrealistischen Annahme aus, Berlin würde so viele Wachstumsimpulse entwickeln, dass sich diese auf die Orte der Dezentralen Konzentration umlenken und externe Investoren in diese Regionen locken ließen. Makroökonomisch betrachtet steht dahinter der Anspruch, die ansonsten brach liegenden ortsgebundenen Potenziale dieser Städte zu nutzen und Engpässe zu überwinden, um ein Maximum an Wachstumsmöglichkeiten für das gesamte Land zu mobilisieren. Faktisch gelang dies nur punktuell (Schwedt, Eisenhüttenstadt, Rathenow, Schwarzhöhe, teilweise Brandenburg/Havel). Bekannt geworden sind viele Fehlschläge dieser Politik, z.B. Frankfurt (Oder) zu einem Schwerpunkt der Chip-Produktion auszubauen.

Es zeigte sich auch, dass die Städte und Gebiete, die ausländische Investoren

angezogen haben (Brandenburg/H., Schwedt, Schwarzheide) dies nicht deshalb leisteten, weil sie Alternativen für Berlin waren, sondern meist Industriestrukturen der DDR zur (öffentlich geförderten) Übernahme anboten. Zwischen Berlin und diesen Leuchttürmen bestehen bis heute meist nur geringe wirtschaftliche Verflechtungen (Lieferbeziehungen, Beziehungen des Wissensaustauschs, Kooperationsbeziehungen usw.), d.h. sie sind mit der Berliner Wirtschaft nur gering verwoben, sind also in der Regel nicht Bestandteile des metropolitanen Wirtschaftssystems.

Anders sieht es mit den neuen kleinen Unternehmen der Wissensindustrie und wissensintensiven Dienstleistungen aus, für die Berlin Absatzmarkt und vor allem auch eine Quelle von Wissen und Humanpotenzial ist. Es sind dies Bereiche mit starkem Arbeitsplatzzuwachs, während die industriellen Leuchttürme eher rationalisieren und Arbeitsplätze abbauen. Als vielleicht entscheidendes Potenzial besitzt Brandenburg die Nähe zu Berlin. Verflochten mit den ungleich größeren Potenzialen der Wissensökonomie Berlins können in Brandenburg die neuen Bereiche der Wissensökonomie leistungsfähige Mindestgrößen – Cluster oder Kompetenznetzwerke – erreichen. Vor diesem Hintergrund ist es nur konsequent, dass sich die Landespolitik in Zukunft auf regionale Wachstumskerne und Branchenschwerpunktorte konzentrieren will, nicht nur in den peripheren Regionsteilen sondern explizit auch im Berliner Umland. Die regionale Wirtschaftspolitik beginnt, sich den Realitäten anzupassen. Sie beginnt zu begreifen, dass die Metropole agglomerationsspezifische Ressourcen wie die hier konzentriert versammelten Wissensarbeiter (Wissenspool), Zuliefermärkte, Knotenfunktion der Kommunikations- und Transportinfrastruktur, Bildungs- und Wissenschaftsinfrastruktur für die Region insgesamt bietet. Diese Ressourcen gilt es zu nutzen.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie die größeren Städte der berlinfernen Landesteile mit der Ag-

glomeration verknüpft werden können und wie – ähnlich westdeutschen Metropolräumen – eine vitale Gesamtregion mit einem Einzugsbereich im Radius von etwa 100 Kilometern sich langfristig entwickeln oder wie eine Arbeitsteilung innerhalb der Metropolregion in Zukunft aussehen kann. Dies impliziert eine Abkehr von der schematischen Anwendung des Prinzips der Dezentralen Konzentration und die Förderung jener Branchen und Orte, die Wachstum versprechen. Dabei sind die *Entwicklungspotenziale* – die Städte Brandenburgs – zu berücksichtigen und zu fördern. So ist z.B. der flächendeckende Ausbau von Kommunikations- und Transportinfrastrukturen, der Aufbau von Technologie- und Gründerzentren usw. nicht sinnvoll. *Wachstumsförderung ist weniger Standortförderung als Potenzialförderung*, die sich z.B. auf SWOT-Analysen stützt (Stärken/Schwächen-Chancen/Risiken) und Kompetenzfelder von *Exportbranchen* in den Mittelpunkt rückt.

Für die Umsetzung einer solchen Option bietet sich der strategische Ansatz der so genannten *regionalen Kompetenzzentren* an (vgl. *IRS aktuell* 41/2003). Wie in der neuen Wirtschaftsgeographie thematisiert und in zahlreichen Falluntersuchungen empirisch nachgewiesen, ist der Aufbau von Kompetenzzentren um die führenden lokalen/regionalen Ausbildungs- sowie F+E-Einrichtungen ein geeigneter Weg zur Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft. Das Konzept beinhaltet die räumliche Ballung oder "Clusterung" von Innovationsakteuren. Erfolge anderer Regionen belegen, dass insbesondere Technische Hochschulen und Fachhochschulen mit natur-, ingenieur- und wirtschaftswissenschaftlicher Ausrichtung (Betriebswirtschaft, Marketing, Wissensmanagement) den Nukleus für eine solche Strategie bilden können. Und zwar in sektoralen Kompetenzschwerpunkten. Die Auswahl der richtigen Schwerpunkte ist entscheidend. Voraussetzung ist, dass die Region ein zu den neuen möglichen Kompetenzfeldern kompatibles fachliches Spektrum anbietet. Darüber hinaus sollten

von ihnen Anreize zu Neugründungen, aber auch Verlagerungen von wissensintensiven Industrien und Dienstleistungen in das Umfeld des Kompetenzzentrums sowie nicht zuletzt finanzielle Hilfen zur Überbrückung der Eigenkapitalschwäche vieler junger Unternehmen ausgehen.

Für die Brandenburger Städte werden in den nächsten zwei bis drei Dekaden mit diesen Optionen denkbare Entwicklungen angesprochen, deren Keime aber bereits heute gelegt sind, wie die Entwicklung verschiedener Schwerpunkte der Wissensökonomie bereits anschaulich belegen.

2. Daseinsvorsorge im Raum (Landesplanung)

Im Gegensatz zum Landesentwicklungsprogramm ist die Landesplanung eher darauf ausgerichtet, in räumlicher Hinsicht Daseinsvorsorge zu betreiben, d.h. den Zugang zu Gütern und Dienstleistungen in allen Landesteilen zu sichern. Basis der Landesplanung ist das Zentrale-Orte-System, das die Funktion eines räumlichen Versorgungssystems hat. Zentrale Orte sind in der Lehrmeinung Orte unterschiedlicher Zentralität, von denen aus regionale Marktgebiete unterschiedlicher Größe versorgt werden (Einzelhandel des täglichen Bedarfs, Fachhandel, Dienstleistungen wie Allgemeinärzte, Fachärzte, Apotheker, usw.) und von denen aus Räume unterschiedlicher Ausdehnung anlog zu den Marktgebieten mit öffentlichen Gütern (Verwaltungsdienstleistungen, Bildungseinrichtungen, Hochschulen, Kreiskrankenhäusern usw.) versorgt werden.

Drei Aspekte spielen dabei eine herausragende Rolle:

- Zum einen die Wirtschaftlichkeit der Einrichtung, die anbietet (bei Marktgütern offensichtlich, bei öffentlichen Gütern nicht zu vernachlässigen) und die auf eine Mindestbevölkerung, die versorgt wird, angewiesen ist. Das ist von Gut zu Gut unterschiedlich. Man spricht deshalb auch von einer unterschiedlichen Zentralität der Güter. In Brandenburg bereiten die dünne Besiedlung, die

abnehmende Bevölkerungszahl und das geringe Einkommen der Bevölkerung große Schwierigkeiten, überhaupt ein Güterangebot an den Zentralen Orten aufrecht zu erhalten. Wir sehen das am Zustand vieler Städte, die formell Zentrale Orte sind, faktisch aber diese Funktion zunehmend verlieren. (Wittenberge, Jüterbog/Luckenwalde). Die Einzugsbereiche müssen also ausgedehnt werden, d.h. die Zahl der Zentren, die sich wechselseitig Konkurrenz um die vergleichsweise geringe Nachfrage machen, muss verringert werden.

- Zum anderen die Erreichbarkeit der Einrichtung, die das Gut anbietet, in angemessener Zeit, was von der Verfügbarkeit des Verkehrsmittels und dem Zustand der Transportinfrastruktur abhängt. Dies widerspricht häufig den Wirtschaftlichkeitsüberlegungen und hat in der Privatwirtschaft zur Folge, dass das Angebot an den dafür vorgesehenen Standorten nicht existiert (hochwertiger Einzelhandel, Dienstleistungen) und auch zu Problemen bei den öffentlichen Angeboten führt (z.B. beim Schulbusverkehr). Für die Erreichbarkeit ist übrigens das Alter der Personen von Bedeutung. Ältere Menschen sind immer weniger beweglich, so dass die Anbieter sich zunehmend zu den Nachfragern bewegen müssen (Bringdienste, statt Kommdienste).
- Des Weiteren sind Alternativen für die Erreichbarkeit von zentralen Angeboten diskutierbar, z.B. Hubschraubereinsatz zum Transport von ländlicher Bevölkerung im Notfall zu einem weit entfernten Oberzentrum, wenn die Angebote in den Mittelzentren nicht mehr vorhanden sind. Schließlich muss sich die Landesplanung mit dem Problem auseinandersetzen, dass viele Güter überhaupt nicht mehr dem landesplanerischen Zentrale-Orte-Prinzip folgen, sondern Standorte zwischen Zentralen Orten, also auch zwischen Siedlungsschwerpunkten suchen, z.B. an Autobahnknoten (Factory Outlet-Centers, Tankstellen, auch Einzelhandel, Restauration usw.).

Insgesamt ergeben sich unter den derzeitigen Entwicklungsbedingungen in der Metropolregion Berlin/Brandenburg aus den beiden Betrachtungswinkeln der regionalen Wirtschaftsförderung und der regionalen Daseinsvorsorge zwei politische Schlussfolgerungen: aufeinander abgestimmt einerseits kritische Massen der wirtschaftlichen Zusammenballung (durch Entwicklung von Wirtschaftsklustern) zu fördern und andererseits die räumliche Tragfähigkeit des Versorgungssystems (durch Reform des Zentrale-Orte-Systems) zu stützen.

Hans Joachim Kujath

Förderungslogiken – Vom Kopf auf die Füße?

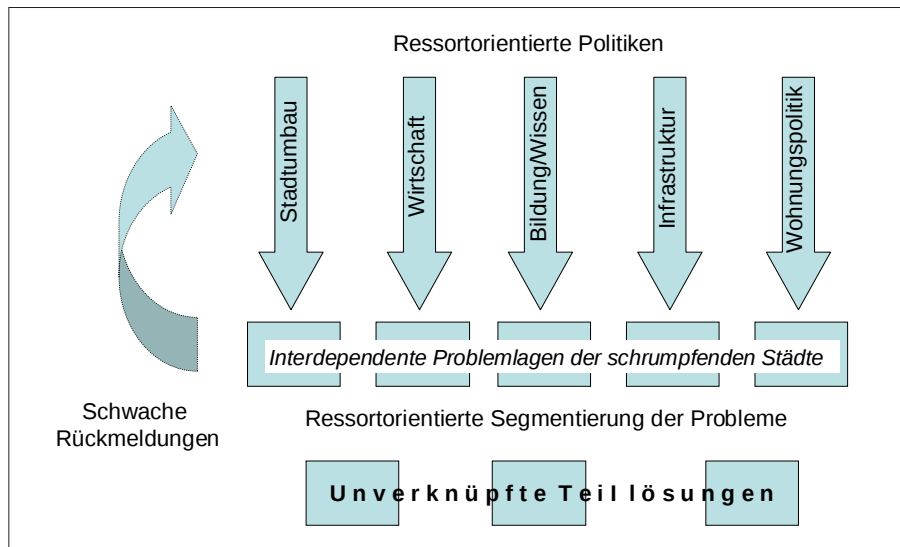
Die Überlegungen in einigen brandenburgischen Ministerien zu neuen räumlichen und thematischen Prioritäten bei der Förderung der Landesentwicklung haben für Unruhe gesorgt. Die einen erwarten eine Verschlechterung ihrer Stellung in der Förderlandschaft. Den anderen sind die geplanten Schwerpunktsetzungen, z.B. im System der zentralen Orte oder den als förderwürdig erkannten Wirtschaftsklustern und Branchen nicht radikal genug. Dabei wird sich etwas ändern müssen, wenn das Land angesichts wachsender Lasten und sinkender Einnahmen in den kommenden Jahren handlungsfähig bleiben soll. Die Frage ist nur, wie?

In der bisherigen kritischen Diskussion der Vorschläge der Landesregierung überwiegen Argumente, die letztlich jeder grundlegenden Veränderung entgegen stehen. Zwar wird anerkannt, dass nur erfolgreiche Städte und Regionen auch die Überschüsse produzieren können, die für eine Umverteilung an anderer Stelle zur Verfügung stehen. Aber wenn es um den eigenen Ort, die eigene Branche oder Organisation geht, werden allemal die Sondergründe gefunden, die dafür sprechen, nur in diesem einen Fall eine Ausnahme zuzulassen.

Käme jeder mit dieser Argumentation durch, bliebe die oft beklagte Gießkannenförderung bestehen, nur zukünftig dann mit einem viel dünneren Strahl. Zugleich wird aber immer deutlicher, dass bereits die bisherigen, vielfach üppigen Förderungen der technischen und sozialen Infrastrukturen, des Wohnungs- und Städtebaus und der Wirtschaftsförderung häufig das nicht erreicht haben, was an Erwartungen von Seiten der Landespolitik und auf der lokalen Ebene mit den Programmen verbunden war: eine hohe Attraktivität, aus der selbst tragende Entwicklungen entstehen können.

Wir müssen uns zukünftig auch darauf einstellen, dass die Problementwicklungen der Städte und Regionen des Landes sich immer weiter ausdifferenzieren. Es sind nicht mehr die Standardaufgaben der neunziger Jahre, wie etwa die Sanierung der Altstädte und der Infrastruktur, denen sich die Städte gegenübersehen. In einem Land, in dem es eine Spreizung zwischen Schrumpfung und sektorialem Wachstum, zwischen Innovation und auch Abwarten gibt, entstehen individuellere, vielschichtigere und auch stadträumlich ausdifferenziertere Herausforderungen, auf die entsprechend reagiert werden muss.

Analysiert man die bisherige Förderlogik, so findet sich ein generell *angebotsorientiertes Modell* öffentlicher Programme. Durch einzelne Ministerien als Fördergeber macht der Staat der Wirtschaft, den Kommunen und den Bürgern detailliert geregelte Förderangebote, in die sie sich mit ihren Problemlagen einpassen müssen, um in den Genuss von Zuwendungen zu kommen. Zwar geht die Identifikation und Definition von Fördertatbeständen vielfach von Problemmeldungen aus der konkreten Situation vor Ort aus. Aber nachdem der politische Prozess durchschritten ist und ein Problemfeld als förderwürdig anerkannt wurde, werden straff formulierte Programme in Richtlinien gegossen und in bewährten Routinen abgearbeitet. Auf die Dynamik der Probleme und im Kontext wird dann höchst selten durch Programmfortschreibungen ge-



Angebotsorientiertes Fördermodell (IRS)

antwortet. Meist laufen die Programme aus, und bevor Probleme als gelöst angesehen werden können, beginnt ein neues Spiel.

In der Angebotsorientierung von Förderung liegen viele Probleme:

- Die Ressortorientierung der Förderprogramme erschwert integrierte Problemlösungen.
- Das Programm dominiert die Problemsicht, nicht (immer) das Problem in seiner Komplexität selbst.
- Es entsteht ein Abhängigkeitsverhältnis gegenüber Programmen, das eher dazu anreizt, sich dem Programm anzugleichen, als eigene Kreativität und Potenziale einzusetzen, um die passgenaue Strategie zu generieren.

Die bisherigen Fördermodelle basieren auf den Logiken bürokratischen Handelns. Darin verwoben ist einerseits die Starre und Steifheit der sauber ressortorientierten Verwaltung mit ihrem stark hierarchischen Aufbau und der kameralistischen Haushaltsführung. Andererseits darf nicht verkannt werden, dass mit der Bürokratie als 'rationaler Form der legalen Herrschaft' (Max Weber), auch ein hohes Mass an Verlässlichkeit der Verfahren, Rechtssicherheit durch genaue Regelung und Legitimation durch überprüfbare Kontrollen verbunden sind – Elemente, die in einer demokratisch verfassten Gesellschaft hochrangige Güter sind.

Ein Alternativmodell wäre eine *nachfrageorientierte Förderung*. Dabei würden die Probleme der Regionen und Städte in den Mittelpunkt gestellt. Quasi maßgeschneidert würden Problemlösungen entwickelt, von denen, die es angeht: nämlich von den lokalen Akteuren, die in Partnerschaft mit der Landesebene gut über die Problemgenese Bescheid wissen. Nicht das Programm steht dabei zentral, sondern das zu lösende Problem.

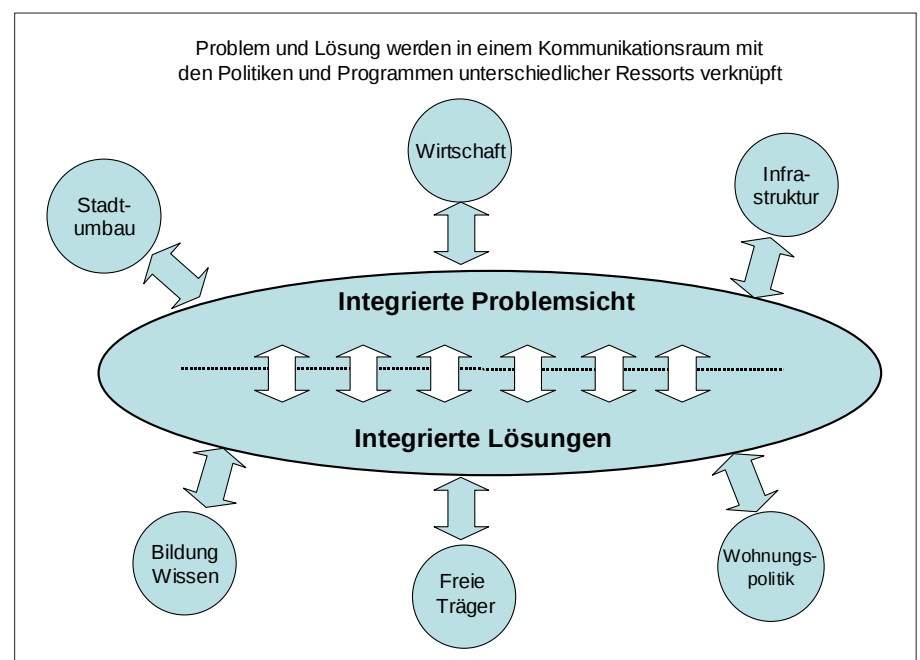
Nachfrageorientierte Fördermodelle basieren auf Problemidentifikation

tionen, die zeitnah und aus der Situation entwickelt werden. Aufgrund des Wissens über die Defizite und die Potenziale können Konzepte individuell entwickelt werden, und die Interessenlage derjenigen wird deutlich, die sich engagieren. Kommunikation, eine flache Hierarchie in den Entscheidungsprozessen und die Suche nach maßgeschneiderten Lösungen treten an die Stelle der Administration von oben nach unten. Die Qualität der Lösungsvorschläge wird wichtiger und im Idealfall trägt jeder bei, was er vermag.

In der Nachfrageorientierung liegen viele Chancen:

- passgenaue Lösungen für individuelle Probleme unabhängig von Ressortgrenzen
- reaktionsschnelles Aufnehmen von Veränderungen im Kontext
- Verhandlungen um Themen und nicht um Routinen
- ein Wettbewerb um beste Lösungskonzepte.

Nun sind einzelne Brandenburger Beispiele einer nachfrageorientierten Förderlogik im Einzelfall auch nicht problemlos. Einige der misslungenen Fördervorhaben, Kommunikant und Cargolifter etwa, entsprachen ja gerade diesem Modell, in dem die staatli-



Nachfrageorientiertes Fördermodell (IRS)

che Seite sich in eine Abhängigkeit von den Problemdefinitionen der Fördernehmer stellte und, beraten durch interessengebundene Experten, den gewünschten Fördercocktail zur Verfügung stellte. Es wird deshalb Ziel der Vorschläge des IRS im Masterplan Stadtumbau sein, eine Balance zwischen der guten Ordnung und dem Charme kommunikationsorientierter, subsidiärer Fördermodelle herzustellen.

Deutlich ist schon jetzt geworden, dass einfache Modelle, die bestimmte Städte und Regionen in die Regelwerke von Förderprogrammen pressen, wenig hilfreich sind. Einige kleine Orte auf dem flachen Land mögen innovativer und kreativer als Mittelstädte im Verflechtungsraum sein und sollten aufgrund ihrer Potenziale Chancen haben, im Wettbewerb um Exzellenz zu gewinnen. Dabei werden weniger unflexible Listen von Orten und Teilregionen im Mittelpunkt stehen als abprüfbare Kriterien. Die Integration der Förderangebote, lokale Strategien, maßgeschneiderte Lösungen, überprüfbare Experimente, aus denen Förderungspfade entwickelt werden können – dies könnten zentrale Botschaften der Modellvorschläge im Masterplan Stadtumbau werden. Und ein bisschen mehr Wettbewerb angesichts knapper zu verteiler Mittel tut allen gut: Unterstützung sollten zukünftig die Städte und Akteure erhalten, die effektivere Lösungen für *ihre* Kommune suchen und finden als diejenigen, die nur die Förderprogramm Voraussetzungen erfüllen. Das ist dann von der Kreativität aktiver Akteurspartnerschaften und nicht von der Lage oder der Größe im Land abhängig.

Thomas Knorr-Siedow

Mehr über den Masterplan Stadtumbau unter www.irs-net.de
Informationen und Kontakt:
Dr. Ingeborg Beer, beer@irs-net.de;
Thomas Knorr-Siedow, knorr-st@irs-net.de

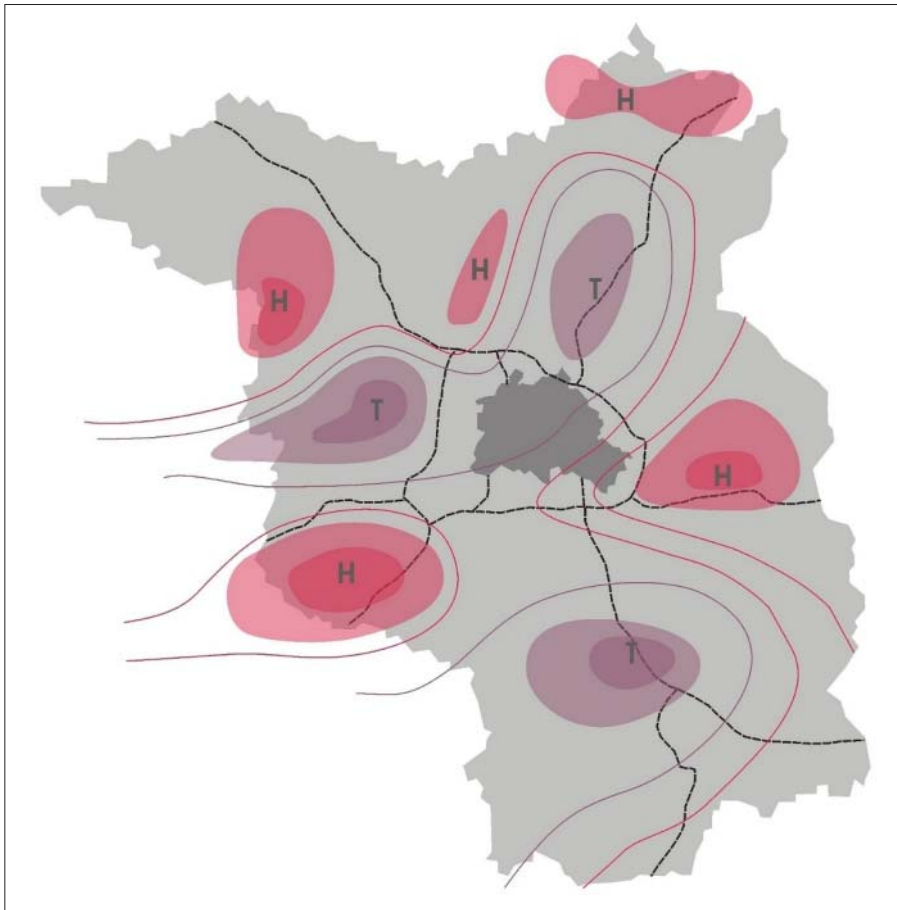
Humanressourcen: Wissen, Bildung, weiche und harte Netzwerke

Die Fehlschläge üppig ausgestatteter Förderansätze und Regenerierungsstrategien in Ostdeutschland erzwingen es, noch einmal grundsätzlicher anzusetzen. Bisher zumindest lässt sich die hier eskalierende Überlagerung von negativen Bevölkerungsentwicklungen mit mehreren Krisentypen (*Strukturkrise* – Ende des Industrialismus-, *Systemkrise* – postsozialistische Transformation – und *Kulturkrise* – Individualisierung, Ausdünnung der Solidarressourcen –) nicht mit den bekannten Steuerungsbestecken in den Griff bekommen. Ein selbsttragender Aufschwung ist nirgends in Sicht – auch nicht im so genannten "Kraftraum", dem *Speckwürfel-Band* rund um Berlin. Nun sollen es Clusteransätze und Branchenkompetenzfeld-Stärkungen richten. In der Regel werden diese Neu-Ansätze – von der Ebene europäischer Förderpolitiken bis auf die regionale und lokale Ebene hinab – garniert mit dem kaum mehr bestreitbaren Postulat der zunehmend überragenden Bedeutung von Wissen, Lernen, Bildung qua "Humankapital".

Richtig daran ist, dass wir inzwischen in einer *posttraditionalen Wissensgesellschaft* leben, gerade auch in Ostdeutschland, wo ja zunächst (noch?) keine Rede davon sein kann, dass High-Tech-Kathedralen, Global Players, Sticky-Knowledge-Places und Symbolic Analysts sich gegenseitig auf den Zehen stehen. Stattdessen reichen wissenschaftlich motivierte Brain-Drain-Prozesse und die Ausdünnung von Humanressourcen mit zunehmender Unerbittlichkeit bis in die Randlagen der Prignitz oder des Elbe-Elster-Kreises hinein. Die Gefahr ist groß, dass hier eine untere Schwelle von Humanressourcen erreicht und gar unterschritten wird, von der ab Innovationen zukünftig schwierig zu organisieren sein werden. Damit droht gerade in der ostdeutschen Peripherie die Verfestigung einer *wissensgesellschaftlichen Kompetenzfalle*. Das zeigt unerbittlich an, wie sich im Rahmen der

posttraditionalen Wissensgesellschaften zunächst eher regionale Konkurrenzen und Ungleichgewichte verschärfen. Neue wissenschaftliche Peripheriebildungen überlagern dabei in komplexen Mustern ältere teilregionale De-Industrialisierungseffekte und Pfadstrukturen des Postsozialismus. Zudem erhöhen bildungslastige Regenerierungsstrategien in den peripheren Teilregionen, wenn sie denn nicht mit innovativen Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitiken integriert werden, noch einmal den Abwanderungsdruck. Denn jetzt werden ja für die besser Qualifizierten weiträumigere Arbeitsmärkte – zumeist im Westen – attraktiv. Hier zeigt sich also ein zusätzliches Steuerungsparadox: Investition in Bildung allein verschärft die Problemlage eher, als dass sie diese kurieren könnte. Um ein weiteres Problemfeld anzudeuten: Gerade die peripheren Regionen Brandenburgs und der anderen ostdeutschen Länder sind inzwischen beinahe durch die Bank mit dem Doppelproblem von hoher struktureller Arbeitslosigkeit bei gleichzeitigen gravierenden Humanressourcenmängeln in innovativen, wissensbasierten Wirtschaftsbereichen konfrontiert. Von einer *allgemeinen* Wende zum Besseren durch wissensbasierte Entwicklungspfade *generell* kann zunächst also gerade in Ostdeutschland kaum die Rede sein.

Die sozialwissenschaftliche Raumforschung, für die das IRS prononciert eintritt, muss deshalb zunächst für den Bereich wissensbasierter Stadt- und Regionsentwicklungen, die zentral auf koevolutive Entwicklungsdynamiken zwischen Wissen, F&E, Bildung und Raum setzen sowie Unklarheiten in den einschlägigen "Kausalitäten" einräumen. Für absehbare Zeit folgt daraus die Forschungsmaxime, *genauer hinzusehen* auf die neuen Wirkungsketten und Vernetzungslogiken in wachsenden, stagnierenden und schrumpfenden Räumen. Von restlos geklärten Zusammenhängen, die die Metaphorik von Stellschrauben und Rezeptwissen für Regenerierungspolitiken nahe legen könnten, finden sich bislang also lediglich erste Spuren. Stattdessen werden individuelle



Raumpioniere – Hochs und Tiefs der Aktivitäten im Land Brandenburg

und institutionelle Lernprozesse zentral, wie sie in Politikprogrammen wie dem der "Lernenden Regionen" (hier allerdings zu bildungslastig s.o.) angeregt werden. Ähnliche Komplizierungen, die wiederum den komplexen Konkurrenzdynamiken von Wissensgesellschaften und ihren Regionen geschuldet sind, gelten natürlich auch für konkurrierende Regionalentwicklungsansätze. Von dem Fehlschlag der bisherigen opulenten Förderpolitiken war oben schon die Rede. Regionale Entwicklungspolitiken in Ostdeutschland sind insofern durch die Bank konfrontiert mit der wissenschaftlichen Triple-Konstellation von a) unklaren, genauer vielschichtigen wissenschaftlichen "Kausalitäten", b) zunehmenden Steuerungsbedarfen bei c) abnehmenden Steuerungswirkungen. "One size fits all"-Ansätze erscheinen damit endgültig passé. Das gilt möglicherweise auch für die Mode der Cluster-Ansätze. Weitgehend unirritiert von diesen Schwierigkeiten auf der *Analyseseite* wurden traditionelle Regenerierungspolitiken lange Zeit dominiert von re-

lativ kontextfreien Ex-Post-Generalisierungen und Placebo-Politikempfehlungen. Diese laufen inzwischen auf die pragmatische Maxime hinaus, dass da, wo sich Aktivitäten und Innovationen regen, auch Aktivitäten und Innovationen unterstützt werden sollten. Immerhin.

Solch ein neuer regionalpolitischer 'Realismus' wird allerdings vermutlich kaum ausreichen. Vielmehr sind jetzt innovativere Ansätze gefragt, die Lernprozesse zentral stellen und heterogene Wissensformen und Kompetenzen systematisch integrieren können. Drei Hinweise dazu sollen hier genügen:

1. *Systematisch integrierte* Politiken: Das Drama isolierter Bildungspolitiken in Schrumpfsregionen wurde oben kurz skizziert. Daraus folgt: Nur eine Entwicklungs- und Anti-Brain-Drain-Politik, die Bildungs- mit Arbeitsmarktpolitik, Wissenschafts- und Kulturpolitik, Forschungs- und Wirtschaftspolitik *systematisch integriert*, kann dem Konkurrenzdruck und sei-

nen Brain-Drain-Effekten noch parolierten sowie Innovationsoptionen öffnen.

2. Dazu sind verstärkte Forschungsanstrengungen zur "Stellschraubenproblematik" und zu effektivem Orientierungswissen für die Optimierung der Koevolutionsformen von Raumentwicklung, Wissen und Bildung nötig – insbesondere auf regionaler und europäischer Ebene.

3. Neben der Stärkung lokaler Akteure und endogener Potenziale scheint uns gerade für die peripher fallenden Teilregionen Ostdeutschlands eine Steigerung der Attraktivitäten für *externe*, risikofreudige Akteursnetze zunehmend wichtig zu werden (Absenken der Regelungsichte etc. siehe Matthiesen 2004). Unter anderem können diese exogenen Netze die zwangshomogenisierten Brain-Drain-Peripherien mit für Innovationen dringend benötigter *Heterogenität* aufmischen. Einer dieser neuen milieuartigen *weichen* Netzwerke haben wir probeweise den Begriff "*Raumpioniere*" gegeben. Raumpioniere erfinden und erproben – häufig auch auf eigene Rechnung – für aus der Nutzung gefallene Schrumpfräume neue Funktionen und Praxisformen – irgendwo zwischen High Tech, Medien, Ökologie, Kunst und Kultur, der Wiedererfindung regionaler Kulinariksysteme, Tourismus und Ostelbiern (siehe Karte mit einem ersten Versuch der Netzkartierung für Brandenburg).

Perspektivischer gesprochen heißt das auch: Innovative Regenerierungsstrategien gerade im Bereich Wissen, Bildung und Innovation können sich keinesfalls mehr nur auf die Förderung *formeller* Institutionen und auf deren 'harte' Vernetzungsformen beschränken. Sie müssen daneben gerade auch die neuen wissenschaftsbasierten 'soft networks' systematisch unterstützen – unter verstärkter Einbeziehung von Wettbewerbsprinzipien natürlich. Für die wissensorientierte sozialwissenschaftliche Raumforschung haben derartige Raumpionier-Netze daneben weitere wichtige '*heuristische*' Funktionen: Sie *entdecken* und *erproben* ja – zum Teil mit erheblichen Selbstausbeutungsraten – neue potenziell

anschlussfähige Raumnutzungsformen für peripher fallende Teilregionen oder gar für Teile der neu gelabelten "großflächigen Entleerungsgebiete". Für diese Raumtypen ist der Raum- und Wirtschaftspolitik wie der Raumforschung bislang ja nicht *allzu* viel Sinnvolles eingefallen. Das Erfahrungswissen solcher Raumpioniere ist deshalb für die aktuelle Regionalforschung von einiger Relevanz. Ähnlich wie in den neueren Clusteransätzen, die das Dauerproblem des Anfangs und seiner Zirkularitäten (Wie stoßen wir Entwicklungen auch dort an, wo sich noch nichts regt?) mit der Umstellung der Förderung von der *Schaffung* auf die pure *Entdeckung* des Clusters auszupendeln versuchen, scheint es an der Zeit, 'konkurrenzierende' Modellprojekte solch *findiger* Raumpionier-Netze zu fördern, um neue Nutzungsoptionen und deren Anschlussfähigkeiten zu entdecken und zu erproben. Erfolge wie Misserfolge solch neuer weicher Vernetzungen sind zunächst natürlich für die sozialwissenschaftliche Raumforschung, dann aber auch für reflektiertere und systematisch integrierte Raumpolitikformen von steigender Relevanz.

Ulf Matthiesen

Harte Infrastrukturen auf dem Prüfstand

In Ostdeutschland gerät die klassische, investive Infrastrukturpolitik unter Druck. Spätestens mit dem Plädoyer der Dohnanyi-Kommission für eine "Umschichtung von Infrastruktur auf Unternehmensförderung" für die Aufbaustrategie Ost wird der Sinn weiterer Investitionen in Straßen, Kläranlagen und Versorgungsleitungen kritisch hinterfragt. Als Argumente für eine Neuausrichtung der Förderpolitik weg von "harten" Infrastrukturen verweisen Kritiker auf schon geleistete Anpassungen an die Infrastrukturausstattung Westdeutschlands und auf die weitgehende Wettbewerbsfähigkeit ostdeutscher Infrastrukturen. Zugleich bemängeln sie,

dass die erhofften Impulse für die Regionalwirtschaft ausgeblieben sind. Die Infrastrukturpolitik hat nur bedingt zum Abbau regionaler Disparitäten geführt. Zudem richtet sich die Kritik an Fehlinvestitionen in überdimensionierte Anlagen. Aus einer ursprünglichen "Infrastrukturücke" ist in der Tat vielerorts ein "Infrastrukturüberhang" geworden, der durch Schrumpfungsprozesse zugespitzt wird. In diesem Zusammenhang wird



Infrastrukturinvestitionen: quo vadis?

die erstrebte Angleichung an westdeutsche Standards nach pauschalen Indikatoren (Anschlussgrad an Zentralsystemen, Leitungslänge pro Einwohner usw.) aufgrund der besonderen Siedlungsdichte und Wirtschaftsstruktur Ostdeutschlands als unrealistisch eingeschätzt. Schließlich sei – so die Kritiker – das Ziel einer flächendeckenden Förderung der Infrastruktur wegen der prekären Haushaltslage nicht mehr aufrecht zu erhalten.

Neue räumliche Disparitäten in der Infrastrukturversorgung

So einleuchtend diese Argumentation in Einzelpunkten sein mag, so wenig geht sie auf das Phänomen wachsender räumlicher Disparitäten in der Infrastrukturversorgung ein. Denn dem Ziel der bisherigen Infrastrukturpolitik zum Trotz ist in letzter Zeit ein Trend zur Verschärfung räumlicher Ungleichheiten unverkennbar.

Erstens: Investitionen in die ostdeutsche Infrastruktur sind weniger flächendeckend als oft vermutet. Neben Kommunen mit einer gut ausgebauten, hochmodernen Infrastruktur existieren andere mit veralteten und hochgradig sanierungsbedürftigen Anlagen und Netzen, die mit ihren Investitionsvorhaben zurückhaltender waren. Diese teilweise gravierenden Diskrepanzen der infrastrukturellen Ausstattung drohen mit der neuen fokussierten Förderpolitik auf Dauer zu verfestigen.

Zweitens: Die räumlich recht differenzierten Schrumpfungsprozesse in Ostdeutschland wirken auch auf die Raumstrukturen der Infrastruktursysteme. Dort beispielsweise, wo der Wasserverbrauch stark gesunken ist, entstehen erhebliche Folgekosten für die Betriebssicherheit sowie für den Um- und Rückbau nicht ausgelasteter Netze und Anlagen. Bei den hohen Fixkosten und Amortisationsraten ergeben sich unverhältnismäßig hohe Pro-Kopf-Kosten für Infrastrukturleistungen in schrumpfenden Regionen.

Drittens: Auch ohne eine materielle Privatisierung oder formelle Liberalisierung der Ver- und Entsorgung setzt sich ein klarer Trend zur Kommerzialisierung von Infrastrukturmärkten und -dienstleistungen durch. Im Interesse der Effizienzsteigerung wird zunehmend auf Möglichkeiten der Kostenminimierung und der Markterschließung in neuen räumlichen Maßstäben geachtet. Mit einem verschärften betriebswirtschaftlichen Blick schauen insbesondere die stärkeren Ver- und Entsorgungsunternehmen genauer und räumlich differenzierter auf ihre Netze und bieten Dienstleistungen jenseits ihres Stammgebiets an. Kommunen prüfen kritisch den Nutzen ihrer Beteiligung in Zweckverbänden.

Viertens: Gerade die Kleinteiligkeit der Organisationsstrukturen der Ver- und Entsorgung in Deutschland macht die Branche für räumliche Disparitäten anfällig. Variationen hinsichtlich der Preislage, Qualität und Vielfalt infrastruktureller Dienstleistungen sowie der Investitions- und Innovationsbereitschaft hat es zwischen Versorgungsgebieten schon immer gegeben. Aktu-

elle Prozesse der Kommerzialisierung und Schrumpfung verschärfen jedoch diese Unterschiede: Während die leistungsstärkeren Unternehmen in wachsenden Regionen ihre Angebote verbessern, kämpfen die Schwächeren in schrumpfenden Regionen um die Aufrechterhaltung von Mindeststandards bei Einhaltung der Belastbarkeitsgrenzen ihrer Kunden.

Paradigmenwechsel der investiven Infrastrukturpolitik

Wie kann mit der Förderpolitik auf diese neuen räumlichen Disparitäten reagiert werden? Während der bisherige Weg der flächendeckenden Förderung weder leistbar noch zielführend scheint, bietet eine Neuausrichtung auf Wachstumskerne keine Antwort auf dieses Problem und nimmt eine weitere Verschärfung sogar in Kauf.

Gefragt ist eine Infrastrukturpolitik, die erstens eine höhere Raumsensibilität aufweist. Hier geht es nicht nur um die räumliche Verteilung von Fördermitteln, sondern vor allem um räumlich differenzierte Förderkonzepte, die auf die Stärkung raumspezifischer Potenziale und Innovationen und die Gewährleistung von Mindeststandards setzen. Gerade für periphere und strukturschwache Räume sind kreative Lösungen technischer, organisatorischer und finanzieller Art – auch im Kleinen und auf lange Sicht – gezielt zu fördern. Diese raumsensible Infrastrukturpolitik soll zweitens weniger angebotsorientiert auf die Finanzierung von Bauwerken, sondern viel eher Nachfrage geleitet auf die Verbesserung infrastruktureller Dienstleistungen ausgerichtet sein. Hieraus folgt drittens die notwendige Stärkung personeller und unternehmerischer Kompetenzen im Umfeld von Infrastruktursystemen, um spezifische Lösungswege für den Umgang mit der Schrumpfungproblematik zu entwickeln. Schließlich bedarf eine raumsensible Infrastrukturpolitik eines vorausschauenden Blicks für die Stadtentwicklung (Beispiel Stadtumbau) um neue "windows of opportunity" rechtzeitig zu erkennen und zu nutzen.

Timothy Moss

Gestaltung von Siedlung und Verkehr im suburbanen Raum

Das Nebeneinander von Wachstum und Schrumpfung in den Stadtregionen wirft die Frage auf, ob die zu Beginn der neunziger Jahre bundesweit formulierten Entwicklungsleitbilder der "Dezentralen Konzentration" bzw. "kompakten Stadt" noch zeitgemäß sind. Zu diesbezüglicher Skepsis hatten einerseits funktionale Anreicherungs- und Ausdifferenzierungsprozesse, die im Zuge der Suburbanisierung stattfinden und andererseits die Ausrichtung dieser Leitbilder auf die Steuerung von Wachstumsprozessen geführt.

Leitfadengespräche, die vom IRS in fünf Fallregionen (gebildet um die Städte Berlin, Erfurt, Essen, Frankfurt a.M. und Hannover) Mitte/Ende 2004 mit Planungsträgern und Verkehrsorganisatoren für das Forschungsprojekt "Mobilität im suburbanen Raum" geführt wurden, liefern einen ambivalenten Befund zur Zukunft dieser Leitbilder in der räumlichen Planung: Zunächst werden die Leitbilder in der Planungspraxis kaum noch offen verfolgt. Die Steuerung der Siedlungs- und Verkehrsentwicklung in den Stadtregionen geschieht vielmehr auf einer pragmatischen, nichtsdestotrotz aber zielgerichteten Weise und ist damit grundsätzlich mit der Logik der Dezentralen Konzentration bzw. kompakten Stadt kompatibel. Den Rahmen für die aktuelle Formulierung und Umsetzung von Leitbildern bzw. ihnen verwandter Logiken liefert das Thema der Schrumpfung bzw. Stagnation. Es ist nicht mehr nur in Ost-, sondern auch in Westdeutschland präsent und zwingt zu einer Neuausrichtung von Politik und Planung. Strategien des Bestandserhalts und der Infrastrukturabsicherung stehen insofern im Mittelpunkt des Handelns. So vermarkten die Kernstädte – unterstützt durch ihre in den letzten Jahren verbesserten Strukturdaten – das Leitbild der kompakten Stadt positiv. Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Kommunikation dieses Leitbilds.

Im regionalen Kontext steht eine vergleichbare Vermarktungsidee für die

Dezentrale Konzentration noch aus. Anders als die auf ihre urbane Qualität abzielenden Kernstädte sind solche der Orientierung dienenden "Anker" im Umland der Kernstädte seltener auszumachen. Das Gegensatzpaar "Stadt-Land" hat an Relevanz verloren, monofunktionale Zentren haben sich stattdessen nebeneinander entwickelt. In verschiedenen Regionen sind Städte längst so zusammengewachsen, dass nur noch Ortsschilder die Übergänge zwischen den Kommunen kennzeichnen.

Gleichzeitig wirken sich die generell rückläufigen bzw. weniger optimistischen Entwicklungserwartungen in einer geringeren Auslastung der Infrastrukturen aus. Es ist deshalb die Sicherung des Bestands an Einkaufs- und Bildungsstätten sowie Infrastrukturen des Verkehrs, die auch im Umland der Kernstädte einen hohen politischen und planerischen Stellenwert einnimmt.

Die Erschließung von Standorten mit dem ÖPNV dürfte dabei zu einem zentralen Entscheidungsparameter werden. Die befragten Experten rechnen nicht damit, dass mit flexiblen ÖPNV-Angeboten mehr als Daseinsvorsorge, Lückenschließung im ganz-tägigen ÖPNV-Angebot oder Pionierarbeit für zukünftige konventionelle Linienverkehre geleistet werden kann. Auch intermodale Versuche, eine bessere Erschließung des Hinterlandes von Bahnhaltepunkten zu erreichen, gelten nicht als Beiträge zur spürbaren Reduktion des Autoverkehrs. Einzig die Koordination der Siedlungsplanung mit der Planung hochwertiger ÖPNV-Angebote und – mit Abstrichen – die Förderung des Radverkehrs in den Städten selbst bieten den Experten zufolge eine Chance, mit den begrenzten Investitionsmitteln auch in Zukunft Verkehr und Mobilität in den Ballungsräumen und damit auch den suburbanen Teilräumen zu gestalten. Einer der Experten fasste dies in die Worte: "Ich glaube, man muss sich die Potenziale angucken und sagen, welche sind gut erschließbar." Dies könnte der Ansatz für die Weiterentwicklung der in den Stadtregionen angebotenen und überarbeitungsbedürftigen Leitbilder sein.

Entwicklungssteuerung wird demnach in Zukunft vorwiegend über Infrastrukturpolitik betrieben werden. Leitbilder der Dezentralen Konzentration bzw. kompakten Stadt können dafür den geeigneten Rahmen liefern. Gleichzeitig erfordert die Schrumpfung in der Peripherie überzeugende Entwicklungs- und Infrastrukturalternativen. Das Maßnahmenrepertoire der differenzierten Bedienung im ÖPNV liegt zu diesem Zweck seit Jahren vor, darf aber seiner Einsatzgrenzen wegen nicht überschätzt werden. Im Straßenbau wie auch bei den öffentlichen und sozialen Dienstleistungen, z.B. der Bildung, fehlen hingegen noch umsetzbare Konzepte. Für deren Entwicklung ist es erforderlich, die Leitbilder in einem akteursübergreifenden, vorzugsweise regionalen Diskurs umzusetzen. Allein im Rahmen planerischer und politischer Einzelentscheidungen kann dies jedenfalls nicht bewältigt werden.

Axel Stein, Ulrike Wolf

Problemlösungs- und Strategiefähigkeit durch Städtebauliche Entwicklungskonzepte?

Zum Auftakt des Stadtumbaus Ost im Jahre 2001 haben über 250 ostdeutsche Städte integrierte städtebauliche Entwicklungskonzepte erarbeitet, um angesichts aktueller Schrumpffragen ihre Steuerungskapazität zu steigern. Mit der Novellierung des Baugesetzbuches ist dieses Instrument als Planungsgrundlage der Gemeinden zur Vorbereitung des Stadtumbaus rechtsverbindlich festgeschrieben worden (§ 171b BauGB). Ein Anlass, der Frage nach der zu erwartenden Problemlösungs- und Strategiekompetenz nachzugehen. Wie bedeutsam dieser planungsrechtliche Schritt sein dürfte, zeigt zu-

nächst ein Blick auf internationale steuerungstheoretische Diskurse der letzten Jahre. Konstatiert wurde darin, dass sich angesichts des raumstrukturellen Wandels der politische und exekutive Aufgabenfokus hin zu integrierten städtischen Qualitäten verlagert habe und daher eine sektoral und hierarchisch organisierte Leistungserbringung Koordinationsdefizite hervorrufe, an Effizienz verliere und Synergien nicht zu nutzen verstünde. Auch werde sie den Bedürfnissen der Städte und der Prioritätensetzung der Bewohner nicht gerecht und verliere an Steuerungskapazität, während sie zugleich auf andere lokale Steuerungspotenziale nicht zurückgreife.¹ Trotz zahlreicher Schwächen bei der Umsetzung der Integrierten Stadtentwicklungskonzepte zum Stadtumbau Ost² ist angesichts dieser Kritik die planungsrechtliche Einführung eines nicht an langjährige Verfahren gebundenen, koordinierenden Planungsinstruments zur Einbindung des Stadtumbaus in eine gesamtstädtische Entwicklungsstrategie als begrüßenswert zu erachten. Allerdings dürfte dieser Schritt in die richtige Richtung allein kaum hinreichend sein, um die Problemlösungs- und Strategiefähigkeit der Städte in Entwicklungsfragen grundlegend zu steigern. Das hat sich in früheren Jahren bereits bei der klassischen Entwicklungsplanung gezeigt, die u.a. an der planungsschematisch kaum zu bewältigenden Komplexität städtischer Entwicklungsfragen und einem daher zu Recht in Frage gestellten hierarchischen Planungs- und Steuerungsverständnis gescheitert ist.

Aus planungstheoretischer Perspektive sind bei den Städtebaulichen Entwicklungskonzepten vor allem die Erarbeitungsprozesse, deren Strukturen und die Frage von Bedeutung, wie eine strategische Planung mit Leben erfüllt werden kann. Dem normativen Anspruch nach bedarf es dabei, auf

der Grundlage genauer Problemkenntnisse, eines in breiter (Fach-) Öffentlichkeit geführten Aushandlungs- und Verständigungsprozesses über wünschbare und machbare Leitbilder und Wertorientierungen, die einem solchen Konzept zu Grunde gelegt werden sollen. Mit einer hinreichend konkreten, um grundlegende Konfliktpotenziale reduzierten Verständigungsbasis dürften sich, so die Erwartung, strategische oder strukturelle Ausrichtungen und konkrete Planungsziele für die Stadtentwicklung besser diskutieren und ableiten, sowie kleinteilige, in der Problemkomplexität begrenzte Projekte und Vorhaben leichter entwickeln und umsetzen lassen.

Aus sozialwissenschaftlicher Sicht dürfte es u.a. darum gehen, wie sich in den Erarbeitungsprozessen Städtebaulicher Entwicklungskonzepte der Verständniswandel bei politischen und planerischen Steuerungsprozessen niederschlägt. Dieser Wandel von den klassischen Government- zu den vielfältigen Governance-Prozessen wird gerade im Hinblick auf die Entwicklung von Problemlösungs- und Strategiekompetenzen für wesentlich erachtet.³

Die Qualitäten von Governance-Prozessen bei der Erarbeitung Städtebaulicher Entwicklungskonzepte werden vor allem daran zu messen sein, wie es den Städten gelingt, ihre Wissenspotenziale zu aktivieren, auf bestehende Netzwerke und deren Ressourcen zu rekurrieren und die zivilgesellschaftlichen Kräfte einzubinden. Ebenso wird sich zeigen müssen, welches Maß an Kreativität, Flexibilität sowie Kommunikations-, Kooperations-, Konflikt- und Verhandlungsfähigkeit sich dabei wird entfalten können. Diese Fähigkeiten, auch als "Governance Capacity" bezeichnet, werden für die Generierung von Wissen zur Lösung von Steuerungsproblemen

¹ Vgl. Healey, P. et al.: Transforming Governance, Institutional Analysis and Institutional Capacity. In: Cars, G. et al. (Ed.): Urban Governance, Institutional Capacity and Social Milieux. Aldershot, 2002

² Vgl. BMVBW/BBR (Hg.): Auswertung des Bundeswettbewerbs "Stadtumbau Ost". Berlin, 2003

³ Governance wird hierbei, unter Bezugnahme auf die aktuellen Diskussionen am IRS, verstanden als Modus der bindenden Handlungskoordination, durch welchen kooperierende (kollektive) Akteure mit Hilfe von (kommunikativen) Aushandlungsprozessen und geeigneten Regelungen auf Steuerungsbedarfe im öffentlichen Sektor reagieren.

in der Stadtentwicklung als bedeutsam eingeschätzt.⁴

Angesichts der von Ungewissheiten begleiteten Problemlagen in der aktuellen Stadtentwicklung sind vor allem Erarbeitungsprozesse gefordert, die sich durch Kreativität und Innovation auszeichnen. Sie können daran gemessen werden, wie es ihnen in den Aushandlungs- und Verständigungsprozessen gelingt, Normen und Werte kritisch zu hinterfragen und offen weiter zu entwickeln, divergierende Interessenlagen auf gleicher Augenhöhe zu verhandeln, auch für kritische Stimmen, unangepasstes Denken und Experimente aufgeschlossen zu sein sowie die verfügbaren Kompetenzen zur Unterstützung lokaler Eigeninitiative und experimenteller Ansätze zu mobilisieren.⁵

Die Eingangsfrage nach der Problemlösungs- und Strategiefähigkeit der Städte durch Städtebauliche Entwicklungskonzepte wird somit letztlich erst anhand der konkreten Ausgestaltung und Qualitäten der zu Grunde liegenden Erarbeitungsprozesse hinreichend genau zu analysieren und zu beantworten sein.

Thomas Kuder

Zur Rolle lokaler Akteure in Regenerierungsprozessen – Das Beispiel Jüterbog

Am IRS wurden im Rahmen des MECIBS-Projekts ("Medium Sized Cities in Dialogue around the Baltic Sea") zwei Studien durchgeführt, die die Rolle der lokalen Akteure in städtischen Regenerierungsprozessen anhand zweier Beispiele aus der lokalen Kulturpolitik sowie aus sozioökonomischer Sicht untersucht haben. Jüterbog (13.000 Einwohner, 60 km südlich von Berlin gelegen) befindet sich in einer Umbruchsituation. Postsozialistische Transformationsprozesse haben starke Veränderungen, vor allem

in wirtschaftlicher Hinsicht, verursacht: u.a. einen starken Anstieg der Arbeitslosigkeit sowie tiefe Einschnitte in die ehemals recht umfangreiche mittelständische Wirtschaftsstruktur (Handwerk, Land- und Bauwirtschaft). Gleichzeitig musste der Verlust des Kreissitzes und die Auflösung des Garnisonsstandortes, auf deren Versorgung viele Betriebe ausgerichtet waren, bewältigt werden. Seit der Wende ist zudem die Einwohnerzahl in Jüterbog rückläufig und das Durchschnittsalter gestiegen.

Trotz dieser negativen Veränderungen zeigen Untersuchungen des IRS keinen Hinweis darauf, dass die lokalen Akteure in eine Art "kollektive Depression" gefallen sind. Analysen zur Einstellung der Bewohner deuten auf eine hohe Lebensqualität in Jüterbog hin, die sich in einer großen Zufriedenheit und einer starken Identifikation

fen, die auf so genannten endogenen Potenzialen aufbauen.

Auf zwei dieser Initiativen lokaler Akteure wird im Folgenden näher eingegangen: erstens, die Entwicklung des Kulturquartiers Mönchenkirche und zweitens, die Aktivitäten des Arbeitslosenvereins Jüterbog.

Das Kulturquartier Mönchenkirche steht für ein Beispiel der Vernetzung und Zusammenarbeit lokaler Akteure "von unten" mit Akteuren aus Politik und Verwaltung. Ziel der städtischen Politik ist es, Jüterbog zu einem kulturellen und touristischen Zentrum von überregionaler Ausstrahlung zu entwickeln. Kern dieser Strategie ist es, die in der Innenstadt gelegene Mönchenkirche und das ehemalige Franziskanerkloster durch die Konzentration kultureller Einrichtungen zu einem kulturellen Zentrum mit



Kulturquartier Mönchenkirche

tion auch mit ihrer Stadt ausdrückt (siehe *auch IRS aktuell* 42). Diese Einschätzung und die Beobachtung eines aktiven und offensiven Umgangs sowohl mit den derzeitigen Problemen als auch mit den nach der Wende gewonnen Chancen wird auch durch die Untersuchungen im Rahmen von MECIBS gestützt: Lokale Akteure haben viele Initiativen ergrif-

überregionalem Profil zu entwickeln. Die Sanierung bzw. der Umbau erfolgte mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom November 2000. Der Gebäudekomplex wurde bereits zu DDR-Zeiten auf Betreiben lokaler Initiativen in Teilen saniert und seit 1985 u.a. als Stadt- und Kreisbibliothek sowie als Theater- und Konzertstätte genutzt.

⁴ Vgl. Fichter, IRS aktuell 44, 07/2004

⁵ Vgl. Healey, P.: Creativity and Urban Governance. In: Policy Studies, Vol. 25, No 2, 2004

Das Umbaukonzept wurde mit Bundes-, Landes- sowie EU-Programmen verzahnt. So macht die überregionale Ausrichtung des Projekts eine finanzielle Förderung über das Kommunale Kulturinvestitionsprogramm (KKIP) des Landes Brandenburg und das Bund-Länder-Programm Städtebaulicher Denkmalschutz möglich.

Neben der baulichen Entwicklung des Kulturquartiers spielt die Einbeziehung vieler lokaler Akteure eine zentrale Rolle im Projekt. Dies geschieht u.a. über den "Freundeskreis des Kulturquartiers Mönchenkloster", an den zentrale Kompetenzen wie die Programmgestaltung, die Organisation von kulturellen Veranstaltungen sowie Service-, Verkaufs- und Marketingaktivitäten übertragen werden sollen. Der Aufbau eines weitläufigen Netzwerks lokaler Akteure aus allen städtischen Bereichen kann als eine wichtige Voraussetzung für das langfristige erfolgreiche Bestehen des Kulturquartiers angesehen werden.

Der 1990 auf Initiative lokaler Arbeitsloser gegründete Arbeitslosenhilfverein Jüterbog konzentrierte sich anfänglich auf die Beratung von Arbeitslosen. Da sich die Folgen der Arbeitslosigkeit wie soziale Ausgrenzung oder materielle Schieflagen nicht nur durch Beratungstätigkeit lindern lassen, wurden zunehmend soziale Treffpunkte ins Leben gerufen, Freizeitangebote gemacht und Jugendarbeit angeboten. Auch wurden Textil- und Möbelbörsen und so genannte Tafeln, die Lebensmittel zur Verfügung stellen eingerichtet. Die Motivation und Integration von Arbeitslosen ist bis heute eines der Primärziele des Vereins. Viele Projekte wurden vorrangig auf dem Wege der Arbeitsförderung realisiert. Zu Spitzenzeiten Ende der neunziger Jahre fanden so fast 200 Menschen eine entlohnte Beschäftigungsmöglichkeit. Zu den erfolgreichsten Projekten gehörte das mittlerweile eingestellte Landesprogramm "Arbeit statt Sozialhilfe" (ASS). Durch Kooperation mit lokalen Betrieben konnten Langzeitarbeitslose in der freien Wirtschaft qualifiziert werden. Insgesamt wurden zwischen 1998 und 2004 von 360 vermittelten Langzeitarbeitslosen ca. 200 nach

Programmlaufzeit fest übernommen. Zusätzlich bleiben viele auch nach verschiedenen Maßnahmen engagiert: Ende 2004 wurden jeden Monat über 1.000 Arbeitsstunden ehrenamtlich geleistet.

Dieses Beispiel zeigt die Kraft, die von lokalen Initiativen ausgehen kann. Zivilgesellschaftliches Engagement bedarf aber dennoch der gezielten Förderung. Wenn es allerdings darum geht, lokal funktionierende Lösungen kompatibel für arbeitsmarktpolitische Programme zu gestalten, stößt der Verein immer wieder an enge Grenzen, die durch die Förderstrukturen und dadurch zugängliche Ressourcen gesetzt werden. Zurzeit ist noch nicht abzusehen, wie sich die durch Hartz IV hervorgerufenen legislativen Veränderungen auf die Arbeit des Vereins auswirken werden; zumindest sind erfolgreiche Programme wie ASS momentan nicht mehr möglich.

Beide Studien zeigen, dass akteursorientierte Untersuchungskonzepte einen Beitrag zur Erforschung von Regenerierungsprozessen leisten können, da sie Handlungsmuster und -spielräume lokaler Akteure nachzeichnen und interpretieren helfen. In Jüterbog zeichnet sich ab, dass nach 15 Jahren Transformation lokale Regenerierungsprozesse in erheblichem Maße von den Initiativen lokaler – sowohl privater als auch institutioneller – Akteure beeinflusst werden. Zivilgesellschaftliches Engagement leistet im sozialen Bereich einen Beitrag zur Regenerierung und erfüllt wichtige Aufgaben. Eine konsequente (finanzielle und ideell-organisatorische) Förderung solcher Initiativen durch Stadt, Land und Bund bleibt derzeit jedoch leider aus. Dem verfügbaren Handlungsspielraum und dem Grad der Vernetzung der Akteure scheint eine zentrale Bedeutung zuzukommen. Diese Akteure wiederum setzen in Jüterbog auf einen Mix aus exogenen und endogenen Potenzialen bzw. Entwicklungs- und Finanzierungsstrategien, um Wege aus der ökonomischen Krise der Stadt zu finden.

Kontakt: Oliver Türk, Eric Tenz, Thilo Lang, Monika Sonntag, E-Mail: Lang@irs-net.de ■

Kreative Projekte sozio-ökonomischer Regenerierung – Beispiele aus fünf Ländern und was wir daraus lernen können

In der kürzlich abgeschlossenen Studie "Socio-Economic Regeneration Outside of Agglomerations" wurden fünf von krisenhaften Transformationsprozessen betroffene Klein- und Mittelstädte in Dänemark, Finnland, Estland, Lettland und Deutschland (s. Abbildung – Karte mit MECIBS-Partnern im einleitenden Beitrag von Bürkner) hinsichtlich lokaler Ansätze sozio-ökonomischer Regenerierung untersucht. Im Mittelpunkt standen lokale Strategien und Projekte, die gleichermaßen soziale und ökonomische Ziele verfolgen. In normativ-strategischer Hinsicht kann allerdings keine der Städte eine integrierte lokale Regenerierungspolitik vorweisen – obwohl die Auswirkungen von Globalisierungsprozessen, Transformation und Peripherisierung dort nachweislich soziale Schieflagen hervorrufen: Arbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzung und Abwanderung sind in den untersuchten Städten überdurchschnittlich, lokales Unternehmertum und soziales Engagement eher unterdurchschnittlich ausgeprägt.

Beim zweiten Blick zeigen sich in den untersuchten Städten durchaus Ansatzpunkte lokal verwurzelter Regenerierungsprojekte im sozio-ökonomischen Bereich. Hierbei wurden in der Studie herausragende Projekte analysiert, die hinsichtlich der beteiligten Akteure und Förderstrukturen eine Pilotfunktion in Bezug auf neuere Ansätze lokaler Governance erbringen könnten. Für den Erfolg der Projekte waren jeweils individuelles Engagement und persönliche Netzwerke entscheidend – in der Regel außerhalb der Verwaltung. Zwei Bereiche kristallisieren sich dabei heraus, in denen zivilgesellschaftliches Engagement sichtbar wird: soziale Initiativen (inkl. soziale Ökonomie) und die Förderung lokalen Unternehmertums zur Bildung einer nachhaltigen Wirtschaftsstruktur. Grundlage von Initiativen in beiden Bereichen ist jeweils der Versuch, durch lokal ver-

wurzelte, kreative Projekte sozio-ökonomischen Krisenentwicklungen entgegen zu wirken.

Soziale Initiativen

In Finnland erfahren Genossenschaften, die von Arbeitslosen gebildet werden, eine besondere Förderung. Ein in der Studie dokumentiertes Projekt in der von Papier- und Holzindustrie geprägten Stadt Lappeenranta versucht die Integration von Randgruppen nach diesem Modell. Ähnlich wie in Großbritannien soll hier die soziale Ökonomie einspringen, wo die Wirtschaft versagt und schwer integrierbare Individuen zurücklässt, die in Krisenregionen auch immer häufiger durch das Raster öffentlicher Institutionen fallen. In Ostdeutschland erhalten Langzeitarbeitslose über 50 nur noch in Ausnahmefällen Förderangebote, weil es zu viele jüngere Klienten gibt, die vorrangig bedient werden. Diese Vernachlässigung sozialer Pflichtaufgaben durch den Staat führt hier dazu, dass quasi systematisch ganze Teile der Gesellschaft abgeschrieben werden. Konzepte der sozialen Ökonomie könnten die derzeitige Marktwirtschaft sozialer machen, finden aber zu wenig politische und förderstrukturelle Beachtung. Trotz des erhöhten Handlungsbedarfs in Ostdeutschland, wo Globalisierungs- und Transformationsprozesse zu verschärften Prozessen der De-Industrialisierung geführt haben, wird immer noch nach formalisierten Modellen gefördert. Dabei verlangt die hohe Zahl der (Langzeit-)Arbeitslosen Konzepte der sozialen Ökonomie, die Angebote zwischen Markt und Staat bieten. Auch im Bereich Integration und Qualifizierung können wir von den dokumentierten Projekten lernen. In Nakskov bspw. nehmen Langzeitarbeitslose an einem multi-sektoralen Stadtentwicklungsprojekt teil, in dem sie mit angemessener Betreuung einen ökologisch-kulturellen Gewerbepark mitgestalten. Ein großer Teil der als schwer vermittelbar geltenden TeilnehmerInnen wurde bereits in benachbarte Betriebe oder Ausbildungs-

plätze vermittelt. Im Gegensatz hierzu wurden in Deutschland erfolgreiche Qualifizierungs- und Vermittlungsprogramme wie "Arbeit statt Sozialhilfe" im Zuge von "Hartz IV" eingestellt (s. Beitrag "Zur Rolle lokaler Akteure in Regenerierungsprozessen – Das Beispiel Jüterbog" in dieser Ausgabe). Statt dessen werden über das System der Mehraufwandsentschädigungen städtische Archive betrieben oder Stadtplätze gepflegt, was eine sinnvolle Qualifizierung nur schwer möglich macht.



Im lettischen Kuldiga wurde ein "Little Businessman"-Wettbewerb ins Leben gerufen, durch den Schüler unternehmerisches Denken erlernen können.

Lokales Unternehmertum

Das Beispiel eines lokalen Gründerzentrums in der estnischen Stadt Siljamäe zeigt, dass selbst in abgelegenen Kleinstädten die gezielte Förderung von Existenzgründern möglich ist. Eine Kooperation von lokalen Unternehmen und zwei benachbarten Gemeinden hat das Projekt auf Initiative eines Gewerbetreibenden auf die Beine gestellt. Mittlerweile bietet das Zentrum aktive Unterstützung für zwölf Start-ups. Langfristiges Ziel ist die Diversifizierung der lokalen Wirtschaftsstruktur und das Angebot lokaler Beschäftigungsmöglichkeiten. In Jüterbog, einer von der Einwohnerzahl vergleichbaren Stadt, gab es ähnliche Ansätze, die allerdings aufgrund zu geringer Nachfrage und der vor-

handenen Angebote im benachbarten Luckenwalde eingestellt wurden. Die diesem Prozess zugrundeliegende räumliche Schwerpunktsetzung der Wirtschaftsförderung hat dabei im Gegensatz zu dem Beispiel in Siljamäe lokales Handeln erschwert und lokale Initiativen im Keim erstickt.

Im lettischen Kuldiga, einer Kleinstadt weit abseits von Riga, haben Lehrer vom örtlichen Gymnasium Unterrichtsprogramme entwickelt, die mit kreativen Methoden Jugendliche

ans Unternehmertum heranzuführen sollen. Die lokalen Projekte und ein mittlerweile nationaler Wettbewerb werden von der auch in Deutschland aktiven NGO Junior Achievement/Young Enterprise gefördert. Die Stadtverwaltung unterstützt Aktivitäten in diesem Bereich als langfristige Investition zur Heranführung von Jugendlichen an Wirtschaft und Unternehmertum. Empirische Studien bestätigen den Erfolg solcher Programme, wenn es später um lokale Existenzgründungen geht.

Tragfähige Konzepte

Die untersuchten Städte in der MECIBS-Studie zeigen allesamt vergleichbare Prozesse sozio-ökonomischer Transformation. Die stadtpolitischen Reaktionen auf damit verbundene krisen-

hafte Entwicklungen sind allerdings höchst unterschiedlich und bewirken in den wenigsten Fällen positive soziale Effekte. Bei genauerer Betrachtung vorhandener Ansätze wird auch deutlich, dass sozio-ökonomische Regenerierung ein langfristiger Prozess ist, der vor dem Hintergrund der dargestellten Entwicklungen auf neue Kommunikations- und Kooperationsstrukturen sowie lokale Kreativität angewiesen ist. Dabei erscheint die Einbeziehung und Förderung lokaler Initiativen als Gewinn bringend. So können tragfähige Governance-Strukturen und integrierte Konzepte entstehen, die krisenbetroffene Städte insgesamt weiterbringen.

Thilo Lang

Einleitung und konzeptioneller Rahmen

Im Rahmen des Interreg IIIB-Projektes MECIBS (Medium-sized cities in dialogue around the Baltic Sea) wurde vom IRS eine Studie durchgeführt, die sich mit der Bedeutung lokaler Kulturpolitik für die Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten auseinandersetzt.

Ein sich im Verlauf der letzten 30 Jahre durchsetzendes breiteres Verständnis von Kultur hat dazu geführt, dass Kulturpolitik als öffentliche Aufgabe erheblich an Bedeutung gewonnen hat und in zunehmenden Maße auch zur Erreichung nicht primär kulturbezogener Ziele eingesetzt wird, wobei sich die kulturpolitischen Zielsetzungen in den letzten Jahrzehnten immer wieder verändert haben. So war Kulturpolitik in den 70er und frühen 80er Jahren durch eine starke Betonung von partizipativen und integrativen Elementen gekennzeichnet. Lokale kulturpolitische Strategien verfolgten neben den eigentlichen kulturellen vor allem soziale Ziele, wie beispielsweise die Integration marginalisierter Gruppen. In den 80er Jahren traten vermehrt ökonomische und arbeitsmarktpolitische Ziele in den Vordergrund. In dieser Zeit wurde Kulturpolitik häufig als Instrument angesehen, die lokale Wirtschaft und den Arbeitsmarkt zu diversifizieren. In diesem Kontext entstand der Begriff der "cultural industries", der sich auf unternehmerische, output-orientierte Aktivitäten bezieht, die handelbar sind und einen Marktwert besitzen. Diese Strategien waren rückblickend weniger in Bezug auf die wirtschaftliche Belebung der Städte erfolgreich als vielmehr in Bezug auf ihr Potenzial, das Image der Stadt positiv zu beeinflussen. Seit Ende der 80er Jahre ist zudem verstärkt ein als "Festivalisierung" bekannt gewordener Trend zu kulturellen Groß- und Freizeitveranstaltungen zu beobachten. Diese wer-

den verstärkt als Instrument angesehen, unterschiedliche personelle und finanzielle Ressourcen zu mobilisieren. Seit einigen Jahren scheint sich ein Verständnis von Kulturpolitik durchzusetzen, das zunehmend experimentelle, flexible und ganzheitliche Ansätze in den Vordergrund stellt. Demnach sollte Kulturpolitik vor allem "open-minded locations" fördern, in denen vielfältige Nutzungen und Aktivitäten möglich und gewollt sind. Die Menschen sollen ermuntert werden, "Kulturmacher" zu werden anstatt lediglich Kulturkonsumenten zu sein. In diesem Kontext gewann die Idee der "städtischen Kreativität" zunehmend an Bedeutung. Der Begriff steht für ein kreatives Handeln in der Stadtentwicklung mit dem Ziel einer Veränderung eingefahrener Handlungsmuster. Lokale kulturelle Ressourcen wie Identität, kreative Milieus, das kulturhistorische Erbe in Städten, aber auch Festivals und Kulturprojekte werden als wesentliche Quelle zur Entwicklung von Städten angesehen. In diesem Sinne bezieht sich die Herausforderung, die sich für die lokale Kulturpolitik stellt, nicht nur auf die Organisation von Veranstaltungen und die Förderung kultureller Institutionen, sondern insbesondere auch auf eine "Kultur der Kultur" in der Stadt, welche mit einer Offenheit für Neues einhergeht.

Aufgaben und Konzepte lokaler Kulturpolitik werden von den jeweiligen "kulturellen Akteuren" zum Teil sehr unterschiedlich definiert. Das der Studie zugrunde liegende Verständnis von Kulturpolitik bezieht sich daher auf den jeweiligen lokalen (und auch nationalen) Kontext der untersuchten Städte.

Als Instrument der Stadtentwicklung wird Kulturpolitik vor allem von großen Städten eingesetzt. Ihre Prozesse und Wirkungen sind in der Stadtforschung relativ gut dokumentiert. Hinsichtlich der Bedeutung kulturpolitischer Strategien in Klein- und Mittelstädten besteht dagegen ein Informationsdefizit. Ziel der Studie war es daher, die Bedeutung kulturpolitischer Ansätze in dieser Städtekatego-

rie innerhalb des MECIBS-Netzwerks zu ermitteln. Zwei der vier durchgeführten Fallstudien beleuchten das Zusammenspiel von Kulturpolitik und der Revitalisierung historischer Innenstädte. Die anderen beiden Fallstudien zeigen, wie lokale Kulturpolitik eingesetzt werden kann, um den ökonomischen Transformationsprozess altindustriell geprägter Städte zu erleichtern.

Jüterbog (Deutschland) und Kuldiga (Lettland)

Mit Jüterbog und Kuldiga (je ca. 13.000 EW) wurden zwei Städte im Ostseeraum untersucht, die in ökonomischer und demographischer Hinsicht als schrumpfende Städte gelten können. Beide Städte verfügen über eine gut erhaltene historische Altstadt, deren Erhalt und Revitalisierung oberste stadtentwicklungspolitische Priorität hat.

In beiden Städten wird diese Strategie auch durch die lokale Kulturpolitik gestützt, und in beiden Fällen scheinen projektorientierte Ansätze – das Kulturquartier Mönchenkirche in Jüterbog (siehe den Beitrag zu Jüterbog in dieser IRS aktuell-Ausgabe) sowie die UNESCO-Bewerbung in Kuldiga – zu dominieren. Von diesen projektbezogenen Ansätzen verspricht man sich mehrere Vorteile: einen öffentlichen Aufmerksamkeitseffekt, die effektive Mobilisierung von personellen und finanziellen Ressourcen, eine Ergebnis- und damit output-orientierte Politik sowie einen allgemeinen Entwicklungsimpuls für die Stadt. Während Jüterbog verstärkt die Initiative und das kreative Potenzial lokaler Akteure fördert, setzt man in Kuldiga auf einen top-down-Ansatz. Die Bewerbung der Stadt um den Status einer UNESCO-Weltkulturerbestätte wird im Wesentlichen von Akteuren aus Politik und Verwaltung betrieben – weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit, die lediglich über die lokale Presse ab und an Informationen erhält. Auch wenn die Projektorientierung zur Mobilisierung vor allem personeller Kapazitäten in der Stadtverwaltung Kuldigas geführt hat, könnte die geringe bzw. nahezu fehlende In-



Kuldiga – Die historische Altstadt und das reiche baukulturelle Erbe stehen im Mittelpunkt der kulturpolitischen Strategie der Stadt, die sich um den Titel UNESCO-Weltkulturerbe bewirbt.

formation und Beteiligung der lokalen Bevölkerung mittel- bis langfristig zu Akzeptanzproblemen und Konflikten führen.

Lappeenranta (Finnland) und Randers (Dänemark)

Lappeenranta und Randers (je ca. 60.000 EW) durchlaufen seit einigen Jahren einen ökonomischen Strukturwandel. Beide Städte befinden sich derzeit in einer Phase der Neudefinition ihrer Kulturpolitik. Die grundlegenden und noch zu klärenden Fragen, mit denen sich die Städte auseinandersetzen, beziehen sich dabei u.a. auf die Bedeutung, die kulturellen Großprojekten gegenüber kleineren quartiersbezogenen Projekten eingeräumt wird. Die Ergebnisse der Analysen zeigen, dass beide Städte die lokalen kulturellen Einrichtungen verstärkt als Imageträger und als Ansatzpunkt für eine Umdeutung des jeweiligen städtischen Images nutzen wollen. Darüber hinaus scheint dem kulturellen Leben in der Stadt mehr Bedeutung als einem weichen Standortfaktor eingeräumt zu werden, um neue Unternehmen, aber auch Touristen und weitere Einwohner anzuziehen. Drittens wird lokale Kulturpolitik in zunehmenden Maße mit der Stadtplanung abgestimmt, um durch die räumliche Konzentration einzelner kultureller Einrichtungen in zumeist innenstadtnahen Gebieten Synergie-

effekte zu erzielen. In diesem Zusammenhang geben beide Städte auch der Entwicklung von Großprojekten mehr Raum, als dies in der Vergangenheit der Fall war.

Schlussfolgerungen

Die Erfahrungen aus den vier MECIBS-Städten zeigen, dass lokale Kulturpolitik in vielfältiger Art und Weise bereits mit Zielen der Stadtentwicklung verknüpft wird. In der Praxis treten in der Regel Mischformen der oben genannten kulturpolitischen Konzepte auf. Der Schwerpunkt der kulturpolitischen Ansätze scheint auf der Entwicklung von Projekten zu liegen, mit denen vor allem wirtschaftliche Impulse wie die Verbesserung des Images der Stadt und die Förderung des Tourismus erzielt werden soll. Aber auch partizipative Ansätze finden in einigen der Städte Beachtung. Projektorientiertes Arbeiten, gerade im Zusammenspiel mit größeren Projekten, kann klare und überschaubare Ziele bieten, die in begrenzter Zeit und an einem konkreten Ort umgesetzt werden können. Diese Projekte bieten oftmals auch ein hohes Identifikationspotenzial für die Bevölkerung. Dabei ist hervorzuheben, dass die eigentlichen Impulse durch die Kulturpolitik sich seltener in Form von Investitionen bemerkbar machen, sondern sich eher in Form eines verbesserten Images oder eines verbes-

serten Standortfaktors einstellen. Allerdings ist projektorientiertes Arbeiten auch nicht unumstritten, da langfristige Ziele kurzfristigen Ergebnissen untergeordnet und Kritik an den Projekten als die "übliche Bedenkenträgerei" abgetan werden kann.

Der Einfluss lokaler kulturpolitischer Strategien auf andere Bereiche der Stadtentwicklung hängt in großem Maße von den privaten und institutionellen Akteuren und deren Vernetzung ab. Die Netzwerke zeichnen sich in der Regel durch eine hohe Interaktionsdichte heterogener Akteure aus, die aus recht unterschiedlichen Institutionen und organisatorischen Strukturen heraus tätig werden. In diesen Netzwerken finden lokale Akteure Raum, sich zu betätigen, sich zu engagieren und "soziales Kapital" entstehen zu lassen.

Von ähnlicher Bedeutung für die Netzwerke ist die Präsenz von Schlüsselpersonen, die die Szene kennen, die Teilnetzwerke verbinden und somit als Brückenpersonen fungieren. Diese Schlüsselpersonen sind zudem oft wichtig, wenn es darum geht, lokale Behörden und Unternehmen von dem "Wert" kultureller Arbeiten zu überzeugen und Unterstützung zu organisieren.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass der Kulturpolitik in den vier untersuchten MECIBS-Städten von den lokalen Akteuren eine wichtige Rolle in der Stadtentwicklung eingeräumt wird. In dieser Hinsicht stehen die Klein- und Mittelstädte des Projekts größeren Städten vermutlich kaum nach.

Monika Sonntag, Eric Tenz

Die Langfassung der MECIBS-Studien erscheint in Kürze unter dem Titel: Lang, Thilo; Sonntag, Monika; Tenz, Eric: Small and Medium-Sized Cities in the Baltic Sea Region – Socio-Economic and Cultural Approaches to Urban Development, Edition Kirchhof und Franke, Leipzig/Berlin 2005, ISBN 3-933816-29-7. ■

Kommentar zur einvernehmlichen Freiheitsberaubung

Zugegeben: Er hatte in märkischen Gefilden nichts verloren, aber wenn man zum Beispiel Oscar Wilde glaubt, ist die Institution der Ehe letztlich gegenseitige Freiheitsberaubung in beiderseitigem Einvernehmen. Das gilt natürlich auch für wilde Länder-Ehen mit grundverschiedenen Partnern. Wer etwa die Vereinigungsdebatte um Berlin und Brandenburg länger und genauer betrachtet, sieht, dass auch hier einvernehmlich Freiheitsberaubung stattfindet. Blockiert und bockig bleibt die komplizierte Beziehung, weil sie mit jedem Tag ihr sozial- und wirtschaftsräumliches Glück – ihre Lagegunst nämlich – verschenkt. Das gemeinsame Glück wäre nach wie vor die politisch gewollte und administrative Einheit mit allem, was dazugehört: Wald, Wasser, Wiese, Wissenschaft, Forschung, Kultur, Pfingstberg, Kreuzberg, Friedrichstraße und Uckermark. Wie könnte das endlich klappen: Brandenburg-Tag unterm Alex oder die Wiederbelebung der Love-Parade auf dem Lausitz-Ring ... Beharrlich bleiben bislang nur klein-karierte Abschottungsmuster, die sich in den letzten fünfzehn Jahren selbst potenzierten: Mit Schulden am Hals keine Chance für den Treue-Bund. Schade, dass es letzten Endes immer nur um die Aussteuer geht. Ein Problem bleiben dabei raumpolitische Zielsetzungen, die ungeniert an eine mehr oder minder gemeinsam verordnete regionale Identität in Mark und Metropole appellieren. Kommunikative Überzeugungsfeldzüge in diese Richtung führen dabei seit Jahren kaum weiter. Im Gegenteil. Die Märker mögen kein Marketing, das die sozialräumlichen und infrastrukturellen Unwägbarkeiten an den Rand drängt. An der nordwestlichen und südöstlichen Landesgrenze beherrschen unterdessen 'Auswande-



Die Teilnehmer des 20. Regionalgesprächs befassten sich mit "Szenen einer wilden Länderehe – Perspektiven für Brandenburg und Berlin".

rungsgedanken' nach Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen einige Stammtische, weil in den so genannten Randregionen viel zu lange schon die Rede vom Niedergang ist.

Diejenigen, die sich privat oder professionell als Trauzeugen in Wartehaltung schon länger mit der wilden Länder-Ehe befassen, scheint inzwischen eine lauernde Gelassenheit und ein skeptischer Blick nach vorn befallen zu haben. Das wurde im Frühjahr in Erkner einmal mehr deutlich beim 20. Regionalgespräch des Leibniz-Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung, das sich mit "Szenen einer wilden Länderehe – Perspektiven für Brandenburg und Berlin" befasste. Klar wurde bei diesem informellen Erfahrungsaustausch für die anwesenden Politiker, Verwaltungsleute und Wissenschaftler wieder einmal, dass sich beide Länder künftig stärker als gemeinsamer Wirtschafts- und Kulturraum nach innen und außen behaupten müssen, wenn sie eine gute Zukunft im Netz der europäischen Metropolregionen haben wollen.

Das sagt sich so leicht. Uwe Wilke etwa, Geschäftsführer der *Perspektive BerlinBrandenburg* plädierte mit sei-

nem Statement für mehr bürgerschaftliches Engagement. Handlungsdruck bestehe vor allem "durch die prekäre Haushalts-situation in beiden Ländern unter Betrachtung prognostizierter Rationalisierungspotenziale". Michael Arndt, Wissenschaftler in der IRS-Forschungsabteilung "Regionalisierung und Wirtschaftsräume" schlug vor, "durch einheitliches Standortmarketing könnten die Ausstrahlungskraft der Region im In- und

Ausland weiter erhöht und noch mehr Erfolge in der Wirtschaftsansiedlung erzielt werden". Dennoch, so Arndt, stehe die Fusion nicht am Anfang, sondern am Ende eines gemeinsamen Prozesses. Nun stellt sich immer noch die Frage,

wann die einvernehmliche Freiheitsberaubung in einer überfälligen Vernunft-Hehe aufgeht und wann das "Prozessende" in Sicht ist.

Gerhard Mahnken

Die Statements von Dr. Uwe Wilke und Dr. Michael Arndt zum 20. Regionalgespräch finden Sie auf der Homepage des IRS: www.irs-net.de; Kontakt im IRS für die Regionalgespräche: Gerhard Mahnken, mahnkeng@irs-net.de



Kurz notiert

Impulsreferat für den 1. Demographie-Kongress in Brandenburg von Heiderose Kilper

Am 1. Juni hat die Landesregierung Brandenburg den Kongress "Demographischer Wandel in Brandenburg – Erneuerung aus eigener Kraft" organisiert. Das Impulsreferat in der AG "Mehr Eigenverantwortung – Weniger Staat" hielt IRS-Direktorin Prof. Dr. Heiderose Kilper. In ihren Ausführungen betonte sie, dass sich dieser Appell vor allem im Zusammenhang mit dem Älterwerden der Gesellschaft auch an private Akteure in der Dienstleistungswirtschaft richte. Für sie gelte es, einen interessanten Markt zu entdecken. Sie verwies auf Nordrhein-Westfalen. Unter dem Stichwort "Seniorenwirtschaft" lassen sich hier interessante Ansätze finden.

Statement der IRS-Direktorin: Verflechtungen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft in der Hauptstadtregion

Auf Initiative des Ministeriums für Wirtschaft des Landes Brandenburg und der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen gab es Ende April ein Expertenhearing. Im Mittelpunkt dieser Veranstaltung, die in der Vertretung des Landes Brandenburg beim Bund in Berlin-Mitte stattfand, standen Fragen zur wirtschaftlichen Verflechtung und Zusammenarbeit in der Hauptstadtregion Berlin/Brandenburg. Vom IRS referierte die Direktorin, Heiderose Kilper, zu den länderübergreifenden Verflechtungen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. In ihrem Statement thematisierte sie, dass metropolitanen Regionen zunehmend eine Dienstleistungsfunktion im Bereich der Informationsverarbeitung und Wissensgenerierung beigemessen wird. Während die klassische Definition Metropolen noch als "Orte nationaler Verwaltungsfunktionen und Kontrollfunktionen" definierte, würden Metropolen eines neuen Typs als (Groß-)Stadtregionen gesehen, die als Orte wissensbasierten Wachstums gelten. Frau Kilper stell-

te Forschungsergebnisse und empirische Befunde des IRS vor. Die Ergebnisse der Anhörung werden demnächst veröffentlicht.

Zehn Jahre Städtekrantz Berlin-Brandenburg: IRS unterstützt weiterhin Kooperationsprozess der regionalen Entwicklungszentren

Anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Arbeitsgemeinschaft Regionaler Entwicklungszentren (ARGE REZ) erfolgte am 21. April die Übergabe des Vorsitzes von der Stadt Brandenburg an die Stadt Neuruppin. Präsentiert wurden im Rahmen dieser Feierstunde auch aktuelle Projekte. So zeigten die Ergebnisse der zweiten Online-Befragung im Rahmen des IRS-ARGE REZ-Projekts "Lebensqualität in Klein- und Mittelstädten" allgemein eine große Zufriedenheit der Bürger in den Bereichen Freizeit, Kultur und Naherholung. Dabei sind diese Einschätzungen nicht unbedingt von der Stadtgröße oder den jeweiligen kommunalen Ausgaben für Kultur und Sport abhängig. Die wirtschaftlichen Aspekte der Lebensqualität werden dagegen durchweg schlecht bewertet. Nur in Neuruppin überwiegt eine positive Grundstimmung, unabhängig von der vergleichsweise ähnlichen wirtschaftlichen Entwicklung. Der Städtekrantz Berlin-Brandenburg, gegründet als kommunale Arbeitsgemeinschaft am 3. April 1995 durch die Oberbürgermeister bzw. Bürgermeister der Städte Brandenburg a.d.H., Cottbus, Eberswalde, Frankfurt (Oder), Luckenwalde und Jüterbog sowie Neuruppin, kann inzwischen auf eine erfolgreiche Kooperation im Rahmen zahlreicher gemeinsamer Projekte zurückblicken (www.staedtekrantz.de). Nutzbringend sind vor allem Synergieeffekte beim Informationsaustausch und bei der (Förder-) Projektakquise sowie die Außenwirkungen der Aktivitäten. Größter Erfolg ist allerdings der Fakt, dass die ARGE REZ als kommunalpolitischer Partner, der sich mit aktuellen Fragen und Problemen der Stadt- und Regionalentwicklung auseinandersetzt, in zunehmendem Maße auch Gehör findet. In die ak-

tuellen Debatten um die Neuausrichtung der Struktur- und Förderpolitik im Land Brandenburg will und soll sich der Städtekrantz aktiv mit Ideen und konkreten Vorschlägen einbringen. So unterstrich der Minister für Infrastruktur und Raumordnung des Landes Brandenburg, Frank Szymanski, die politikberatende Arbeit des Städteternetzes in den letzten zehn Jahren. Peter Busch, Referatsleiter im Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung, verwies auf die Notwendigkeit der Fortführung der erfolgreichen Städtekooperation unter den sich verändernden Rahmenbedingungen. Das IRS stützt und begleitet den Kooperationsprozess der Regionalen Entwicklungszentren seit Anbeginn. Die Direktorin des IRS, Heiderose Kilper, betonte, diese für beide Seiten sinnvolle Zusammenarbeit werde auch in Zukunft fortgesetzt.

Kontakt im IRS: Petra Jähneke,
JaehnkeP@irs-net.de

Neues aus den Wissenschaftlichen Sammlungen

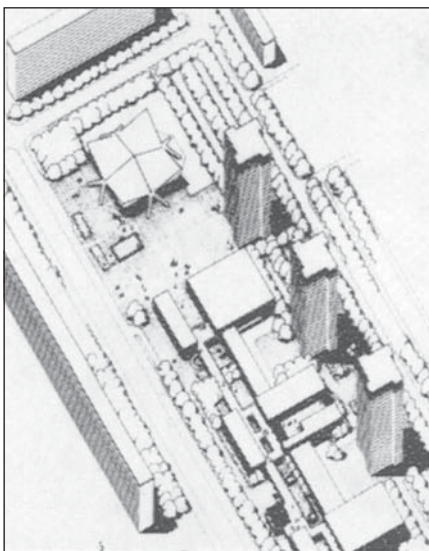
Mit dem persönlichen Nachlass des Architekten Wolfgang Urbanski (1928-1998) konnten die architekturbiographischen Sammlungsbestände um einen Vertreter der jüngeren Architektengeneration der DDR erweitert werden. Urbanski war maßgeblich an der Planung und dem Aufbau "sozialistischer Wohnkomplexe" in Rostock (Reutershagen II, Südstadt, Evershagen und Stadtzentrum) beteiligt. Als Chefarchitekt widmete er sich u.a. ab 1963 fünf Jahre lang in erster Linie dem Aufbau von Lütten Klein, der ersten Großsiedlung im Rostocker Nordwesten. Von 1975 bis 1982 bekleidete er das Amt des Präsidenten des Bundes der Architekten der DDR. An der Bauakademie war er seit 1974 Ordentliches Mitglied und leitete ab 1973 die Sektion "Städtebau und Architektur". Von 1975 bis 1979 hatte er das Direktorat des Muster- und Experimentalbüros der Bauakade-



Wolfgang Urbanski (3.v.l.) im Gespräch mit Kollegen.
Deutsche Architektur, 12/1971, S. 711

demie inne. Von 1982 bis zum Ruhestand 1990 übernahm Urbanski eine Ordentliche Professur für Architektur und Städtebau an der Hochschule für Bauwesen in Cottbus. Mit hundert Fotos und Dias sowie Originalplänen, aber auch seinen vielfältigen Arbeitsmaterialien gehört der Nachlass des Architekten Wolfgang Urbanski nicht nur zu den umfangreichsten, sondern auch zu den inhaltlich interessantesten Beständen der Wissenschaftlichen Sammlungen des IRS.

Kontakt im IRS: Alexander Obeth,
ObethA@irs-net.de



Entwurf für das Wohngebietszentrum Lütten Klein-Süd (1967). Verfasser: Urbanski und Möller.
Deutsche Architektur, 12/1971, S. 711

Erweiterung der Sammlungsbestände

Auf ihrer letzten Sitzung beschloss die Arbeitsgemeinschaft "Territorialplanung in der DDR" der 4R-Einrichtungen (IfL, IÖR, IRS und ARL) historisches Quellenmaterial zur Territorialplanung wie Arbeitsunterlagen, Graue Literatur usw. in den Wissenschaftlichen Sammlungen des IRS zu konzentrieren. Die Materialien zur DDR-

Planungsgeschichte waren im Rahmen einer umfangreichen Interviewaktion mit Zeitzeugen im Jahr 2004 entstanden. Durch Übernahme dieser Quellen konnten die Bestände der Sammlungen mit regionalem Raumbezug qualifiziert werden.

Kontakt im IRS: Ingrid Apolinarski,
Apolinai@irs-net.de

* * *

Neu: Internetportal Städtebaulicher Denkmalschutz

Die Bundestransferstelle Städtebaulicher Denkmalschutz hat ein Internet-Portal rund um den Städtebaulichen Denkmalschutz und das gleichnamige Programm der Städtebauförderung erarbeitet.

Es ist seit März 2005 unter der Adresse <http://www.staedtebaulicherdenkmalschutz.de> online verfügbar. Auf über 30 Seiten werden aktuelle Informationen und Downloads rund um das Bund-Länder-Programm und dessen Akteursnetzwerke bereitgestellt. In den kommenden Monaten wird das Portal zudem um eine Datenbank der "Guten Beispiele" im Städtebaulichen Denkmalschutz erweitert. Die Transferstelle wurde 2004 im Auftrag des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung am IRS.

Ansprechpartner: Dr. Thomas Kuder, Tel. 03362/793-237; Dr. Dagmar Tille, Tel. -249;
E-Mail: info@staedtebaulicherdenkmalschutz.de

DFG-Rundgespräch

Am Zentrum für Entwicklungsforschung in Bonn fand am 21. und 22. April ein DFG-Rundgespräch zum Thema "Water, Politics and Development" statt, um Möglichkeiten der besseren Positionierung sozialwissenschaftlicher Wasserforschung in internationale Debatten zum globalen Umweltwandel zu diskutieren. Als Co-Autor eines im Vorfeld erarbeiteten Konzeptpapiers ist *Timothy Moss* an der Initiative aktiv beteiligt.

Vorträge

- Einen Einführungsvortrag zum Thema "Notwendigkeit und Anforderungen an ein Stadtumbaumonitoring" hielt *Heike Liebmann* auf der Fachtagung des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung des Landes Brandenburg zum Thema "Stadtumbaumonitoring in Brandenburg" am 13. April 2005 in Potsdam.
- *Angelika Pauli* hielt am 23. April 2005 in Krakau einen Vortrag zum Thema: "Spatial Policy as Integration Policy? Multi-Level Coordination in the Baltic Sea Region." Der Vortrag erfolgte im Rahmen der interdisziplinären Konferenz "The Borders of European Integration", die von der Tischner European University (Krakau) organisiert wurde.
- Im Rahmen des vom ILS durchgeführten NRW-Kolloquiums am 27. April 2005 in Dortmund hielt *Heike Liebmann* einen Vortrag zum Thema: Stadtumbau Ost – eine Zwischenbilanz.
- Am 28. April 2005 hat Dr. *Thomas Kuder* an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität in Greifswald zum Thema "Regenerierung schrumpfender Städte – die Hansestadt Greifswald" referiert. Zusammen mit Studenten der TU Berlin, Institut für Stadt- und Regionalplanung, präsentierte er zudem eine Ausstellung, eine Fotostory und mehrere Kurzbeiträge zu den Ergebnissen einer gleichnamigen Lehrveranstaltung an der TU Berlin im Studienjahr 2003/04.

- Auf der internationalen Konferenz "Our shared landscape", die von der ETH Zürich in Kooperation mit dem Macaulay Institute Aberdeen und der Universität Sheffield vom 2. bis 6. Mai 2005 in Ascona (Schweiz) veranstaltet wurde, hat *Andreas Röhring* einen Vortrag zum Thema "Institutional problems and driving forces of shared landscapes" gehalten. Seine Teilnahme wurde durch die DFG finanziert. *Ludger Gailing* war mit einem Poster "Active landscape management with regional parks" vertreten. Gegenstand der Konferenz waren Synergien und Konfliktpotenziale zwischen ästhetischen, ökologischen und sozio-ökonomischen Aspekten der Landschaftsplanung und des Landmanagements aus theoretischer und empirischer Perspektive.
- Auf dem 8. Symposium Flussgebietsmanagement beim Wupperverband hielt *Timothy Moss* am 11. Mai den Vortrag "Der Policy-Ansatz der EU-WRRL, institutionelle 'misfits' in Deutschland und deren Bewältigung".
- Auf einem ESPON Seminar in Luxemburg am 17. und 18. Mai hielt *Sabine Zillmer* unter dem Titel "Final Report – Selected Results and Development of Policy Recommendations on Basis of Pre-Accession Aid Impact Assessment" einen Vortrag zum Endbericht des ESPON Projekts 2.2.2.
- *Heike Liebmann* hielt am 19. Mai 2005 in Berlin einen Vortrag auf der 1. Sitzung des Expertenkreises Stadtentwicklung der KfW. Thema: "Gegenwärtige Herausforderungen der Stadtentwicklung und Erfahrungen mit den Finanzierungs- und Fördermechanismen des Stadtumbau-Ost".
- Auf Einladung hielt *Sabine Zillmer* auf der Konferenz "European Union Enlargement: Impact on Employment and Entrepreneurship" in Chios (Griechenland) am 21. und 22. Mai 2005 einen Vortrag zum Thema: "Good Practices for Facing the Impact of Enlargement in Germany and in Central Europe".

- *Matthias Naumann* hielt am 26. Mai 2005 auf der Veranstaltung "Junges Forum Stadtumbau" in Schwedt einen Vortrag zum Thema "Stadtumbau unter der Erde: Vom Umgang mit der technischen Infrastruktur unter Schrumpfungsbedingungen".
- Auf der internationalen Konferenz: "Regional Studies Association International Conference", vom 28.-31. Mai 2005 im dänischen Aalborg hielt *Bastian Lange* einen Vortrag mit dem Titel: "Knowledge Milieus in shrinking regions: Re-invention of GDR-oriented educational practices or competent local-global learning strategies?"

Workshops

netWORKS-Regionalworkshops in München und Hannover

Im Rahmen des netWORKS-Projekts haben Timothy Moss, Matthias Naumann und Markus Wissen in den Regionen München und Hannover, die im Projekt untersucht wurden, Workshops zum Thema "Neue Räume der Wasserwirtschaft – allgemeine Entwicklungen und regionale Befunde" durchgeführt.

In den Workshops wurden Vertretern von Städten und Bundesländern, der Ver- und Entsorgungsunternehmen sowie von verschiedenen Verbänden Forschungsergebnisse zur aktuellen räumlichen Entwicklung der Wasserwirtschaft in den jeweiligen Regionen und darüber hinaus vorgestellt.

In der Region München lässt sich ein Spannungsverhältnis zwischen Räumen der Ressource und Räumen des Verbrauchs feststellen, das sich in einem Konflikt um die Neufestsetzung von Wasserschutzgebieten im Umland von München äußert. In der Region Hannover ist im Zuge regionaler Expansionen von Versorgungsunternehmen eine Ausdifferenzierung der Versorgungsgebiete in suburbane und ländlich-periphere Räume zu beobachten. Überlagert werden diese Entwicklungen von einer Europäisierung und Kommerzialisierung der Wasserversorgung.

Die Ergebnisse der Workshops werden in Studien zu den Fallregionen einfließen. Am 6. und 7. Oktober 2005 wird in Berlin ein Workshop zu den Untersuchungen in Berlin und Frankfurt (Oder) sowie ein wissenschaftlicher Workshop zu räumlichen Aspekten des Wandels der Infrastrukturversorgung stattfinden.

Berufungen

Dr. Heike Liebmann (Forschungsabteilung 4 "Regenerierung schrumpfender Städte") wurde in den Expertenkreis "Stadtentwicklung der Kreditanstalt für Wiederaufbau" (KfW) berufen, der am 19.5.2005 zum ersten Mal tagte.

Dr. Christoph Bernhardt (Forschungsabteilung 2 "Regionaler Institutionenwandel zur Sicherung von Gemeinschaftsgütern") wurde als ordentliches Mitglied in die Historische Kommission zu Berlin berufen. Analog zu den Kommissionen in anderen Bundesländern berät die Berliner Historische Kommission als maßgebliches Fachgremium für alle Fragen der Forschung zur Berlin/Brandenburgischen Geschichte Verwaltungen und die Öffentlichkeit. Sie organisiert zudem auch selbst Forschungsprojekte und Konferenzen.

Gäste im IRS

Wissenschaftler der japanischen Universität Tsukuba

Im Frühjahr 2005 besuchten die japanischen Wissenschaftler Prof. Omura und Prof. Arita vom Institut für Politik- und Planungswissenschaften der Universität Tsukuba sowie Andreas Hohn von der Universität Duisburg-Essen das IRS. Das Interesse galt der Forschungsabteilung 1 "Regionalisierung und Wirtschaftsräume" in Bezug auf regionalpolitische Themen, insbesondere Wirtschaftskluster. Nach einer Vorstellung aktueller Projekte zur Regionalpolitik in der EU, in Deutschland und in Berlin-Brandenburg, entwickelte sich eine Diskussion über Ansätze zur Förderung und Steuerung wirtschaft-

licher Entwicklung, die auch aktuelle Clusterpolitiken beinhaltet. Die Gäste setzten Ihre Rundreise mit einem Besuch in Cottbus fort, wo ihnen ein weiterer Kollege des IRS die Thematik schrumpfender Städte näherbrachte.

Forschergruppe aus dem englischen Sheffield

Die demographischen und wirtschaftlichen Schrumpfungsprozesse der nordenglischen Industriestädte Sheffield, Manchester und Liverpool sind spätestens seit den 1970er Jahren Thema der räumlichen Politik und Planung in Großbritannien. Ähnlich den aktuellen West-Ost-Disparitäten in Deutschland spricht man in Großbritannien von einem "North-South-Devide". Die in den nordenglischen Städten gesammelten Erfahrungen mit den verschiedenen Strategien der Regenerierung will das IRS zukünftig stärker für die Stadtforschung und -planung in Ostdeutschland erschließen. Zu diesem Zweck besteht seit einiger Zeit eine Kooperation zwischen der Forschungsabteilung 4 "Regenerierung schrumpfender Städte" und dem Department of Town & Regional Planning der Universität Sheffield. Nach einem

vom 9. bis 13. Mai 2005 zu Besuch am IRS. Das Programm umfasste drei geführte Tagesexkursionen durch Berlin (Stadtumbau Marzahn und Wasserstadt Rummelsburger Bucht), nach Leipzig (Innenstadt und Leipziger Osten) sowie in die Stadt Brandenburg a.d. Havel (Stadtumbau und Wirtschaftsförderung). Der akademische Austauschbesuch wurde von beiden Seiten als sehr anregend bewertet, weil damit ein distanzierter Blick auf die sehr unterschiedlichen nationalen Rahmenbedingungen und Ansätze der Stadtpolitik ermöglicht wurde. Beim Abschlusstreffen am IRS wurden deshalb weitere konkrete Arbeitsschritte verabredet, welche die Kooperation verfestigen werden.

Oliver Frey von der TU Wien zu Gast im IRS-Doktorandenkolleg

Wien war in den neunziger Jahren ein Zentrum der *creative industries*. Design, Elektromusik und Multimedia-Projekte prägten das Bild einer sich wandelnden Metropole, neue Milieus und Szenen traten hervor. Dipl.-Ing. Oliver Frey vom Institut der Soziologie für Raumplanung und Architektur an der TU Wien greift diese Entwicklungen in seiner Forschungs- und Promotionsarbeit auf. Er stellte sein Konzept, seine Analysen und

ersten Ergebnisse unter dem Titel "Orte – Netzwerke – Raum: Milieus zwischen Selbststeuerung und Governance?" im Rahmen des IRS Doktorandenkollegs vor. Seine zentrale Frage fokussierte auf die Herstellung und Bedeutung der Dimension "Ort", von dem ausgehend sich Netzwerke mit unterschiedlichen Praktiken und Steuerungsverfahren anschließen. Die kreative Verwendung der Ressource "Ort" in Kombination mit der Ressource "Ich" gerade von "Solo-Selbstständigen"

an markanten Räumen wie alten Fabrik- und Industriehallen, so Frey, generiert ein zentrales und gemeinschaftlich geteiltes Narrativ mit spezifischen Steuerungspraktiken. Nicht nur aufgrund des von Oliver Frey ein-

bezogenen und am IRS entwickelten Milieuansatzes, sondern auch die Frage nach den möglicherweise unterschiedlichen Umgängen der Stadtverwaltung, der Wirtschaft sowie anderen intermediären Organisationen im Kontext dieser kreativen Akteure der Stadt Wien im Vergleich zu Berlin, eröffnen weitere spannende Fragen.

Aleksandr Lodyshkin erforscht harte Transformationsbedingungen: Kleinstädte in der Region Iwanowo, Russland

Schrumpfungsprozesse sind heute ein nahezu weltweites Phänomen, das seit einiger Zeit auch in Russland zu beobachten ist. Hier sind dabei vor allem Kleinstädte in altindustriellen und monofunktionalen Räumen betroffen.

Aleksandr Lodyshkin, Gastwissenschaftler am IRS, untersucht schrumpfende Kleinstädte der Region Iwanowo, die sich als "Stadt neben der Fabrik" entwickelt haben. Wirtschaftliche Grundlage dieser Städte war die Textilindustrie. Heute befinden sie sich in einem – hinsichtlich Dynamik und Dimension – beispiellosen Schrumpfungsprozess. Völlig ungeklärt ist bislang die Frage, ob eine Stabilisierung dieser Städte möglich ist oder nicht. In seinen Forschungen am IRS wertet Aleksandr Lodyshkin seit Oktober 2004 internationale Erfahrungen mit der sozio-ökonomischen Regenerierung von altindustrialisierten Städten aus und befasst sich mit der Frage, inwieweit sie auf die russischen Bedingungen der Stadtentwicklung übertragbar sind. In diesem Zusammenhang werden die Möglichkeiten eines Vergleichs deutscher und russischer Kleinstädte sondiert, u.a. mit dem Ziel, Gemeinsamkeiten und Besonderheiten lokaler Entwicklungen unter dem Einfluss von Deindustrialisierung, Globalisierung und post-sozialistischer Transformation herauszuarbeiten sowie Ansatzpunkte für strategische Konzepte für eine langfristig "widerstandsfähige" Stadtentwicklung zu identifizieren.

Kontakt im IRS: Aleksandr Lodyshkin, lodyshkin@irs-net.de



Die Austauschgruppe in Leipzig. Vlnr: V. Avdikos (TRP), H.J. Bürkner (IRS), J. Henneberry (TRP), O. Weigel (Stadt Leipzig), M. Kühn (IRS) G. Dabinett (TRP).

DAAD-geförderten Besuch von IRS-Mitarbeitern in Sheffield im Herbst letzten Jahres war nun eine fünfköpfige Forschergruppe aus Sheffield (unter Leitung von Prof. John Henneberry und Gordon Dabinett)

Leonardo-Stipendiat der EU:

Benoit Lefebvre

Der Wissenschaftler Benoit Lefebvre, Stadt- und Regionalplaner an der Universität Lille (Frankreich), ist seit Mai 2005 als Leonardo-Stipendiat der EU zu Gast in der Forschungsabteilung 2 "Regionaler Institutionenwandel zur Sicherung von Gemeinschaftsgütern". Benoit Lefebvre, der auch ein Ingenieur-Diplom in Vermessungskunde besitzt, arbeitet als Gastwissenschaftler im Leitprojekt der Abteilung zu Fragen des Nutzungswandels und der Inwert-Setzung historischer Kulturlandschaften mit.



Neu im IRS

Seit Anfang März 2005 arbeitet Carsten Benke als wissenschaftlicher Mitarbeiter im IRS in der Abteilung 2 "Regionaler Institutionenwandel zur Sicherung von Gemeinschaftsgütern". Carsten Benke studierte bis 1996 Stadt- und Regionalplanung und bis 1998 Geschichte an der Technischen Universität Berlin. Nach Tätigkeiten in privaten Planungsbüros im Bereich der Bauleitplanung und Ausstellungsgestaltung war er 2000 bis Ende 2001 an der Humboldt Universität zu Berlin im Lehrbereich Stadt- und Regionalsoziologie als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsprojekt "Kleinstädte in Ostdeutschland" beschäftigt. Von Mitte 2001 bis Anfang 2004 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter an der TU Berlin, zunächst am Institut für Geschichte im Forschungsprojekt "Industriestädte in der DDR" und ab 2003 im Institut für Stadt- und Regionalplanung, Fachgebiet Planungstheorie. Seine themati-



schen Schwerpunkte waren bisher vor allem die Entwicklung von Kleinstädten und Industriestädten, historische Schrumpfungsprozesse und ostdeutsche Planungsgeschichte, Stadtentwicklung und Kommunalpolitik. Im IRS arbeitet er innerhalb des Leitprojekts der Forschungsabteilung 2 über die institutionelle Geschichte und Entwicklung stadttechnischer Infrastruktursysteme und ist an der Organisation von Veranstaltungen zur Planungsgeschichte beteiligt.



**Leibniz
Gemeinschaft**

Aus den raumwissenschaftlichen
Partnereinrichtungen der
Leibniz-Gemeinschaft

Heiderose Kilper neue Sprecherin für das 4R-Netzwerk

Das Netzwerk der vier raumwissenschaftlichen Einrichtungen in der Leibniz-Gemeinschaft (4R) hat eine neue Sprecherin. Während des Frühjahrstreffens übernahm Prof. Dr. Heiderose Kilper, Direktorin des IRS, Anfang Mai in Berlin die Amtsgeschäfte. Damit fungiert sie für ein Jahr als Ansprechpartnerin und koordiniert die Binnen- und Außenkommunikation. Netzwerkpartner sind: die Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) in Hannover, das Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL) in Leipzig und das Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) in Dresden.

4R-Netzwerk am Parlamentarischen Abend

Die Parlamentarischen Abende der Leibniz-Gemeinschaft in Berlin haben sich herumgesprochen. Auch am 11. Mai folgten wieder 200 VertreterInnen aus Wissenschaft, Politik, Kultur und Medien der Einladung ins Hilton am Gendarmenmarkt. Thematisch stand das 6. EU-Rahmenprogramm diesmal im Mittelpunkt der Veranstaltung. Das 4R-Netzwerk präsentierte sich mit einem Gemeinschaftsstand.

ARL

Parlamentarisches Arbeitsgespräch der ARL

Das diesjährige Parlamentarische Arbeitsgespräch der ARL fand am 20. April zu den Themen "Umbau von Städten und Regionen" sowie "Chancen der EU-Osterweiterung" in Berlin statt. Wie in den Vorjahren führten zwei Mitglieder aus dem Netzwerk der ARL kurz in die Themen ein. Die Professoren Kujath (Erkner) und Dehne (Neubrandenburg) sorgten damit für eine angeregte Diskussion, die trotz der leider immer viel zu knapp bemessenen Zeitspanne wertvolle Hinweise für die ARL brachte. So wurde seitens der Parlamentarier um kurzfristige Information zum Thema Föderalismus gebeten, da in den parlamentarischen Gremien derzeit Weichenstellungen vorgenommen würden.

Das Gespräch stieß bei Parlamentariern aus ostdeutschen Wahlkreisen auf besonderes Interesse, da beide Themen in erster Linie auf die Betrachtung Ostdeutschlands bezogen waren. In diesem Zusammenhang stießen die pointierten wissenschaftlichen Aussagen beispielsweise hinsichtlich der Stärkung von wettbewerbsfähigen Kernen sowie die Ausrichtung von Fördermitteln nach dem Wettbewerbsprinzip nicht auf ungeteilte Zustimmung. Im Gegenteil, die Parlamentarier befürchteten eher Trendverstärkungen und ein unpopuläres "Leerlaufen" von Regionen. Diesbezüglich müssten nicht nur die Politiker in den davon betroffenen Wahlkreisen aktiv an der Schaffung einer stärkeren Wettbewerbsfähigkeit "ihrer Region" tätig werden. Es müsse die Raumordnung aus ihrem Elfenbeinturm herauskommen und konkrete Politikempfehlungen geben. Zwar sei die Vorstellung, im Zuge der negativen demographischen Entwicklung langfristig Naturräume zurückzugewinnen zu können, keine Schreckensvision an sich. Man müsse sich jedoch fragen, ob und mit welchen Mitteln schließlich ein solcher Zustand erreicht werden könne und wie der Prozess dorthin zu gestalten sei.

Kontakt: Evelyn Gustedt: 0511/3484229
E-Mail: Gustedt@ARL-net.de

Neue Schriftenreihe "forum ifl"

Eine neue Schriftenreihe des Leibniz-Instituts für Länderkunde soll die Funktion einer Plattform für den Austausch und die Entstehung neuer Ideen innerhalb der Geographie und in engem Kontakt mit Nachbardisziplinen erfüllen. Neben der zeitnahen Veröffentlichung von Forschungsergebnissen sollen Beiträge aus Fachtagungen und Workshops – nicht nur zur Regionalen Geographie – zur Diskussion gestellt werden.

In Heft 1 der Reihe stellen Marco Bontje und Joachim Burdack die Ergebnisse ihrer Forschungen zu clusterartigen Nutzungskonzentrationen in den Peripherien der Metropolen Berlin und Budapest und in der Randstad-Holland vor: MARCO BONTJE and JOACHIM BURDACK (2005): *Economic poles in the European metropolitan periphery and sustainable development*. forum ifl, Heft 1, Leipzig, ISBN 3-86082-052-4. – 5,50 Euro. Bestellungen bitte bei Siglinde Bischoff (s_bischoff@ifl-leipzig.de).

IfL erschließt wichtige Archivbestände

Das Archiv für Geographie im Leibniz-Institut für Länderkunde hat in den vergangenen Monaten weitere wichtige Archivbestände erschlossen. Innerhalb eines von der DFG geförderten Projekts wurde der Nachlass des Leipziger Geographen und Kartographen Edgar Lehmann (1905-1990) inventarisiert. Lehmann leitete von 1950 bis 1970 das Deutsche Institut für Länderkunde bzw. das Geographische Institut der Akademie der Wissenschaften der DDR, zwei Vorgängereinrichtungen des heutigen IfL. Durch seine zahlreichen Funktionen in wichtigen staatlichen und internationalen Gremien war Edgar Lehmann eine der zentralen Persönlichkeiten der DDR-Geographie, dessen Bedeutung vor allem im Wissenschaftsmanagement lag. Sein umfangreicher Nachlass konnte nun – pünktlich zum 100. Geburtstag – erschlossen werden. Alle erfassten Dokumente sind im Internet recherchierbar (<http://kalliope.staatsbibliothek-berlin.de>).

Neuerscheinung

Zwei Grenzstädte wachsen zusammen, Autoren: Katja Friedrich, Robert Knippschild, Matthias Kunert, Monika Meyer-Künzel, Ingo Neumann, ökom verlag, ISBN 3-936581-66-5, 144 Seiten. – 17,50 Euro

Der Band beleuchtet die Ergebnisse eines Kooperationsprozesses zwischen den Städten Görlitz/Zgorzelec an der deutsch-polnischen Grenze und der strategischen Ausrichtung der gemeinsamen Stadtentwicklung. Mit Hilfe von Szenarien wurde ein grenzüberschreitender Zukunftsdialog in Gang gebracht, der die Netzwerke aus Stadtverwaltungen, weiteren lokalen Eliten und Bürgern zusammenführte. Die Ergebnisse werden dabei in den Kontext von strategischer Planung und Grenzraumforschung eingeordnet.

Das Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) begleitete das Vorhaben "Stadt 2030 – Gemeinsames Leitbild für die Europastadt Görlitz/Zgorzelec" wissenschaftlich. Die Autoren vom IÖR wenden sich an Akteure aus Stadtverwaltungen und Wissenschaft, die in Stadt- oder Ländergrenzen überschreitende Kooperationen eingebunden sind.

Veröffentlichungen

■ BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU- UND WOHNUNGSWESEN (Hrsg.): *Informationsdienste Städtebaulicher Denkmalschutz* 30; Berlin und Bonn, 2005; 236 Seiten; Konzept und Bearbeitung: KUDER, Thomas und TILLE, Dagmar.

Darin:

KUDER, Thomas ; TILLE, Dagmar: *Die historische Stadt: Ein wirtschaftliches und kulturelles Potenzial für den Aufbau Ost?* S. 7-14

KUDER, Thomas: *Bericht aus der Arbeitsgruppe: Gut saniert – Garantie für eine positive Innenstadtentwicklung?* S. 132-135

SCHÜTTE, Inga: *Attraktivität des Einzelhandels in der Innenstadt.* S. 75-78

SCHÜTTE, Inga: *Bericht aus der Arbeitsgruppe: Einkaufszentren in der Innenstadt. Aufwertung oder Risiko?* S. 106-109

TILLE, Dagmar: *Bericht aus der Arbeitsgruppe: Abriss in der Innenstadt. Was bedeutet Stadtumbau für historische Städte?* S. 67-72

■ DROSTE, Christiane: *III. Integrationsfachtag in Märkisch-Oderland. Das Abenteuer liegt auf beiden Seiten der Oder, oder?* In: Kreis-, Kinder- und Jugendring Märkisch-Oderland, in Zusammenarbeit mit dem Mobilen Beratungsteam Eurokomm (Hrsg.): *Dokumentation des III. Expertentreffens "Migration in Märkisch-Oderland"*, Seelow, 2005 (4 S.)

■ GAILING, Ludger: *Regionalparks – Grundlagen und Instrumente der Freiraumpolitik in Verdichtungsräumen.* Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, Bd. 121. Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur, Dortmund, 2005. – 234 S.

■ KILPER, Heiderose ; MÜLLER, Bernhard: *Demographischer Wandel in Deutschland – Herausforderung für die nachhaltige Raumentwicklung.* In: *Geographische Rundschau*, Jg. 57, H. 3, 2005, S. 36-41

■ KILPER, Heiderose: *Föderalismus als Institution der "Marktsicherung" – Überlegungen zur Bedeutung dezentraler Staatsorganisation für regionale Wirtschaftszusammenhänge.* In: Färber, Gisela (Hrsg.): *Das föderative System in Deutschland. Bestandsaufnahme, Reformbedarf und Handlungsempfehlungen aus raumwissenschaftlicher Sicht.* FuS Bd. 224 der ARL. Hannover, 2005, S. 42-57

■ KOCH, Robert ; STEIN, Axel: *Strategien für die integrierte Entwicklung von Siedlung und Verkehr.* In: *Raumplanung*, H. 119, 2005, S. 77-81

■ KÜHN, Manfred: *Parks als regionale Entwicklungsfaktoren – die Potsdamer Kulturlandschaft.* In: *Landesumweltamt Brandenburg* (Hrsg.):

Parks und Gärten im ländlichen Raum – vernachlässigte Potenziale in Brandenburg? Fachbeiträge des Landesumweltamtes. Heft Nr. 92, Potsdam, 2005, S. 18-24

- KUJATH, Hans Joachim (Hrsg.): Knoten in Netz. Zur neuen Rolle der Metropolregionen in der Dienstleistungswirtschaft und Wissensökonomie. Münster 2005. ISBN 3-8258-7774-4, 560 Seiten. – Euro 29,90. Darin Beiträge aus dem IRS:

- ARNDT, Michael ; PAULI, Angelika: Rückgewinnung der Planungskompetenz in Metropolregionen. S. 419-446

- JÄHNKE, Petra ; WOLKE, Manuela: Berlin und München – Metropolregionen als vernetzte Informationsdienstleistungsstandorte? S. 245-284

- KUJATH, Hans Joachim: Metropolregionen – Die Bedeutung von Metropolregionen für die Wissenschaft. S. 9-19

KUJATH, Hans Joachim: Die neue Rolle der Metropolregionen in der Wissensökonomie. S. 23-64

- LANGE, Bastian ; BÜTTNER, Kerstin: Jena – Frankfurt/Oder restarted? Wissen – Milieus – Raum in Schrumpfungskontexten Ostdeutschlands. S. 369-394

- MAHNKEN, Gerhard: Marketing für Metropolregionen. S. 525-553

- SCHMIDT, Sunte: Metropolregionen als Hubs globaler Kommunikation und Mobilität in einer wissensbasierten Wirtschaft? S. 285-320

- LANG, Thilo; SONNTAG, Monika u.a.: Großbritannien: Nationaler Kontext und Fallstudien. In: BBR (Hrsg.): Stadtumbau in europäischen Städten mit Strukturkrisen, Werkstatt: Praxis Heft 37. BBR, 2005, S. 19-53

- LANGE, Bastian ; STEETS, Silke: Räumliche Praxen von "New Entrepreneurs" – Post-Urbane Resteverwerter oder Raumpioniere? In: Beate Binder, Silke Göttisch, Wolfgang Kaschuba, Konrad Vanja (Hrsg.): Ort. Arbeit. Körper. Ethnografie Europäischer Modernen. Münster u.a.: Waxmann, 2005, S. 203-212

- LIEBMANN, Heike ; GLÖCKNER, Beate; HALLER, Christoph: Stadtumbau Ost: Kommt die Aufwertung zu kurz? In: Bundesbaublatt 2/ 2005, S. 16-17

- MONSTADT, Jochen ; NAUMANN, Matthias: New Geographies of Infrastructure Systems. Spatial Science Perspectives and the Socio-Technical Change of Energy and Water Supply Systems in Germany netWORKS-papers No. 10, Berlin, 2005. – 60 S.

- MOSS, Timothy: "Dissecting Institutions": Bestandteile einer institutionellen Konfiguration am Beispiel der Wasserwirtschaft. ICAR Discussion Paper 7/2005, 30 Seiten. (auch unter <http://www.agrar.huberlin.de/wisola/fg/ress/icar>)

- ZILLMER, Sabine: Współpraca Polsko-Niemiecka w Opinii Obywateli Nadgranicznych Miast Podzielonych (Polish-German Cooperation from the Point of View of Citizens

in the Respective Twin Cities along the Border). In: Grzegorz Gorzelak, John Bachtler, Mariusz Kasprzyk (ed.): Współpraca Transgraniczna Unii Europejskiej: Doświadczenia Polsko-Niemieckie (Cross-Border Cooperation in the European Union: Polish-German Experiences), Wydawnictwo Naukowe "Scholar", Warszawa, 2004, S. 128-141

Online

- Im Rahmen des Leitprojektes der Abteilung "Regenerierung schrumpfender Städte" haben Hans-Joachim Bürkner, Thomas Kuder und Manfred Kühn ein Working Paper mit dem Titel "Regenerierung schrumpfender Städte. Theoretische Zugänge und Forschungsperspektiven" (Erkner, März 2005) vorgelegt, mit dem der bisherige Stand der theoriegeleiteten Arbeiten des Leitprojektes zusammengefasst wird. Das Working Paper ist abrufbar unter: http://www.irs-net.de/download/wp_regenerierung.pdf.

- DROSTE, Christiane ; BÜTTNER, Verena: Restructuring Large Housing Estates. Kurzfilm/DVD, 13 Minuten Berlin 2005.

Online: www.restate.geog.uu.nl
<<http://www.restate.geog.uu.nl>>

- MOSS, Timothy ; WISSEN, Markus (2005): Making senses of diversity. A synergy report on an inventory of 113 intermediary organisations of water management in Europe. Working paper vom Mai 2005 unter <http://www.irs-net.de/download/SynergyReport.pdf>

Veranstaltungshinweis: Fachöffentliches Forum Stadtumbau West – Was kann Stadtumbau West vom europäischen Ausland lernen?

Am 15. und 16. September 2005 findet in Völklingen das Fachöffentliche Forum zum Stadtumbau West statt. Der diesjährige thematische Schwerpunkt liegt auf den Ergebnissen der vom BBR und der FORUM GmbH in Auftrag gegebenen Vergleichsstudien zum Stadtumbau aus dem europäischen Ausland. Auf der Veranstaltung soll der Frage nachgegangen werden, was Stadtumbau West vom europäischen Ausland lernen kann. Die am IRS erarbeiteten Fallstudien zu Sheffield und Middlesbrough in England werden von Thilo Lang und Monika Sonntag vorgestellt. Weitere Informationen zum Programm und zur Anmeldung finden Sie unter: www.stadtumbauwest.de

Nachlese . . .

Das IRS in den Medien

"... Wowereit hofft auf EU-Geld für Transrapid – Erneutes Werben für Strecke nach Moskau ... Auch Hessens Wirtschaftsminister Dieter Posch (FDP) setzt sich für den Transrapid von Berlin nach Warschau ein. Die Fahrzeuge könnten dann im hessischen Kassel produziert werden. Ein Transrapid von Berlin nach Warschau könnte einen 'gewaltigen Schub' auslösen, davon ist auch Hans Joachim Kujath von dem zur Leibniz-Gemeinschaft gehörenden Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung in Erkner überzeugt ..."
(Der Tagesspiegel, 25.04.2005)

"... Dabei seien Politiker und Planer von 'Ausstrahlungseffekten' Berlins ausgegangen, die so nicht eingetreten seien, erläuterte Bürkner, der Abteilungsleiter am Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) in Erkner ist. Der Forscher verwies auf die starken Gegensätze zwischen der Metropole Berlin und dem ländlich geprägten, spärlich besiedelten Brandenburg. 'Die Disparitäten sind im Bundesvergleich extrem groß' ...
(Märkische Allgemeine Zeitung, 01.03.2005)

"... Frau an der Spitze. Prof. Dr. Heiderose Kilper leitet ab sofort das Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) in Erkner. Die Politikwissenschaftlerin war bislang Direktorin des Instituts für Entwicklungsplanung und Strukturplanung an der Universität Hannover. Ihre bisherige Forschungsarbeit konzentrierte sich unter anderem auf Steuerungstheorien und Governance-Konzepte, regionalisierte Entwicklungs- und Strukturpolitik in altindustriellen Räumen sowie neue Formen zwischenbetrieblicher Kooperation im räumlichen Kontext."
(Journal der Leibniz-Gemeinschaft, 1/2005)

"... Gemeinsam aus der Krise. Neue Leiterin des Instituts für Regionalentwicklung setzt auf bürgerschaftliches Engagement ... Heiderose Kilper ist seit gut drei Wochen die neue Leiterin des Leibniz-Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung in Erkner (Oder-Spree). Die gebürtige Stuttgarterin ist Politikwissenschaftlerin und beschäftigt sich seit vielen Jahren mit der Erforschung regionaler Entwicklungspolitik und den dazugehörigen staatlichen Steuerungsinstru-

menten. Sie begrüßt das neue Förderkonzept der Potsdamer Landesregierung ..."
(Märkische Oderzeitung, 08.03.2005)

"... Konzeptionell vom Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung in Erkner erstellt, organisiert das Institut seit 2003 im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen die bundesweite Präsentation der Ausstellung in Kombination mit Transferveranstaltungen zu aktuellen Problemen der Innenstadtentwicklung vor Ort. Quedlinburg, die Hansestädte Lübeck und Wismar, Eberswalde, Halberstadt, die Landeshauptstädte Dresden und Erfurt, oder auch Görlitz, Sondershausen und Luckau sind nur einige der Stationen, wo die Exposition bisher gezeigt wurde ..."
(Ostsee-Anzeiger, 16.02.2005)

"... Mit dem Rücken zur EU. Radio live: Experten diskutierten im Brandenburger Landtag über Jobs durch Europa ... Um die Chancen aus der EU-Osterweiterung, um freien Handel, Steuerreformen, Infrastruktur zweiten Grades und neue Arbeitsplätze ging es ... im Brandenburger Landtag auf dem Potsdamer Brauhausberg ... Für die Boomregion Berlin-Brandenburg ist der größere Markt sicher Gewinn, für die Randregionen aber ein Problem, meinte der Wissenschaftler Hans Joachim Kujath vom Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung. Die gravierenden Unterschiede bei Lohnkosten, Sozialleistungen, aber auch Kultur und Bildung würden sich hier besonders gravierend auswirken ..."
(Der Tagesspiegel, 17.03.2005)

"... 'Wilde Länderehe vergeudet Ressourcen' ... Angleichung der Rechtssysteme erfordert. Eine Fusion zwischen Brandenburg und Berlin würde den Spielraum für Fördermittel erweitern. Durch ausbleibende Konkurrenzen der Länder könnten Fördergelder gespart werden. Die so frei werden Summen ließen sich dann in den märkischen Randregionen verwenden. Diese Perspektive vertrat Wissenschaftler Michael Arndt ... beim 20. Regionalgespräch des Erkneraner Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS). 'Die Hauptstadtregion vergeudet durch die wilde Länderehe ihre Ressourcen', sagte Arndt weiter ..."
(Märkische Oderzeitung, 18.03.2005)

Das Institutsgebäude des IRS an der Flakenstraße in Erkner bei Berlin ist mit dem Regionalexpress von Berlin Mitte in 25 Minuten zu erreichen.



Die Fußgängerbrücke über das Flakenfließ führt vom S-Bahnhof Erkner zum IRS.

I M P R E S S U M

IRS aktuell No. 48 Juli 2005
ISSN 0944-7377

Herausgeber: Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung/IRS

Leitung: Prof. Dr. Heiderose Kilper

Redaktion: Gerhard Mahnken (v.i.S.d.P.)
und Petra Koch

DTP: Petra Geral

Fotos: IRS: S. 10, 13, 15, 17, 18, 20,
22, 26

Anschrift: Flakenstraße 28-31
D-15537 Erkner

Telefon: + 49 (0) 03362/793-0
Fax: + 49 (0) 03362/793-111
E-Mail: MahnkenG@irs-net.de
Internet: www.irs-net.de

Bestellung von Publikationen: 03362/793-118

IRS aktuell erscheint vierteljährlich
(Januar, April, Juli, Oktober)
Bei Abdruck Belegexemplar erbeten.

Druck: Druckerei Schulz